

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Die Rolle der Staatssicherheit nach dem Mauerbau am 13.8.1961 im gesellschaftlichen System der DDR

Ziele der Unterrichtssequenz:

1. Die Schüler erkennen die Veränderungen in der Struktur der Staatssicherheit.
2. Die Schüler setzen sich an ausgewählten Beispielen mit den Auswirkungen auf die Bevölkerung der DDR auseinander.

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
1. Der Einfluss des Baus der Berliner Mauer auf die Funktion der Staatssicherheit im gesellschaftlichen System der DDR	<p>M 3.1 Ausschnitt aus dem Video „Die Mauer“ zum Mauerbau</p> <p>M 3.2 Text „Das MfS und der Mauerbau“</p>	<p><i>Die Thematik und die vorliegenden Materialien eignen sich für eine arbeitsteilige Gruppenarbeit:</i></p> <p>GRUPPE 1: Das MfS und der Mauerbau: Vergleich von Text mit Video (10 Minuten Dauer)</p>
2. Die Verschärfung der Grenzen – die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der DDR-Bürger	M 3.3 Kennenlernen der Grenzanlagen an der innerdeutschen Grenze in Hötensleben	<p>GRUPPE 2: Grenzanlagen an der innerdeutschen Grenze: Aufbau und Funktion anhand der Skizze erläutern. Variante: Modell basteln</p>
3. Flucht aus der DDR und ihre Folgen	<p>M 3.4 Zeitzeugenbericht von Dr. Erhard Raschke „Einmal Neapel und Paris sehen“</p> <p>M 3.5 Liste der über 20-Jährigen (VP und MfS ermittelt) vom 19.12.68</p>	<p>GRUPPE 3: Auswertung eines Zeitzeugenberichtes:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründe für Fluchtgedanken formulieren - innerfamiliäres Gespräch ausdenken, das die Hoffnungslosigkeit eines Lebens in der DDR und die Schwierigkeit zu fliehen, widerspiegelt <p>GRUPPE 4: Szenisches Spiel: Strafgefangene stellen Gründe ihrer Haft vor</p>

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
4. Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Rolle der Stasi nach dem Mauerbau und Betrachtung der Konsequenzen für die Bevölkerung		<p><i>Präsentation:</i></p> <p>Jede Gruppe präsentiert die Ergebnisse in geeigneter Weise</p> <p>Es könnte sich eine <i>Diskussionsrunde</i> anschließen, die Fakten vertieft, offene Fragen aufgreift oder über die Folgen nachdenkt.</p>

Materialien im Überblick:

- M 3.1 Video: „Die Mauer“
Der Film von Matthias Walden (SFB-Dokument 1996, 51 Min.) wurde 14 Tage nach dem Mauerbau ausgestrahlt. Er zeigt die Situation an verschiedenen Grenzabschnitten in Berlin. Der Autor stammte aus Dresden und lebte in Westberlin. Er wurde für diesen Film mit einem jahrzehntelangen Einreiseverbot in die DDR belegt.
- M 3.2 Text: Das MfS und der Mauerbau
Quelle: Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, S. 32 f
- M 3.3 Foto: Skizze des Grenzabschnitts bei Hötensleben (Achim Walther, Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.)
Hierbei handelt es sich um den Grenzabschnitt bei Hötensleben, der als Grenzdenkmal heute besichtigt werden kann. Ca. 350 m Grenzanlagen wurden im Originalzustand erhalten. Auf einem weiteren Stück des ehemaligen Todesstreifens wurden von verschiedenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (u. a. Joachim Gauck, Roman Herzog, Reinhard Höppner) Bäume gepflanzt.
- M 3.4 Text: Zeitzeugenbericht Dr. Erhard Raschke (geb. 1934) „Einmal im Leben Neapel und Paris sehen“
In dieser Broschüre schildert Herr Raschke die Beweggründe für seinen Wunsch, die DDR zu verlassen, sowie die Flucht über Ungarn und Jugoslawien selbst. Er hatte an der Technischen Universität studiert und war aktives Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde Magdeburg. Nach seinem Studium bekam er keine Möglichkeit, sich in der DDR beruflich weiter zu entwickeln und zu promovieren. Die Karteikarte (S. 58) belegt, dass das MfS die Flucht in seinen Unterlagen registriert hat. Herr Raschke hatte sich nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik mittels einer Postkarte bei der Polizei in Magdeburg abgemeldet (S. 54).
Quelle: „Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen“ von Dr. Erhard Raschke, Betroffene erinnern sich 12, LStU 2000, S. 4 ff, 54, 58
- M 3.5 Text: Meinungsäußerungen zur politischen Situation in der DDR 1968 und deren Folgen. Der Bezirksstaatsanwalt Magdeburg hat in dieser Aufstellung kritische Meinungen und das dafür verhängte Strafmaß am 19. 12. 68 zusammengestellt.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. IX, Nr. 135, Bl. 296–301
Abkürzungen: FS - Freiheitsstrafe, StVA - Strafvollzugsanstalt, StGB - Strafgesetzbuch
- M 3.6 Dokumente: Drei Beispiele für die Folgen einer Flucht aus der DDR
- M 3.6.1 Der Tod einer Schülerin am 7.4.1972 bei Oebisfelde und die Beobachtung der Beerdigung durch das MfS
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, KD Schönebeck, Nr. 1943, Band 1, Bl. 1, 57

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

- M 3.6.2 Fluchtpläne zweier im Jugendhaus Dessau inhaftierter Jugendlicher aus Schwanebeck (Kreis Halberstadt) im Oktober 1968
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 886, Band 1, Bl. 764
- M 3.6.3 Verurteilung eines Ehepaares wegen der Vorbereitung der Flucht nach Österreich am 11. September 1989
Das Ehepaar hatte die Flucht nur geplant, sich mittels eines Autoatlases über den Grenzverlauf informiert und eine Arbeitskollegin zu den Grenzsicherungsanlagen befragt. Zusätzlich zur Haftstrafe von je einem Jahr und einem Monat hatten sie die Auslagen des Verfahrens zu tragen.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AU 2261/89, Band 2, Bl. 35

Weiterführende Anregungen:

1. Besuch des Grendenkmals Hötenleben (350 m erhaltene Grenzanlagen, Grenzturm)
2. Besuch in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, An der Bundesautobahn A2
3. Besuch im Zonengrenz-Museum Helmstedt
4. Film: „Geboren 1955 – erschossen 1966“ von Simone Warias, Friedrich Herkt (DVD, 44 Min., Bürgerbüro e. V. Berlin, 2001)
Der Film schildert den Tod eines Zehnjährigen an der Berliner Mauer.
5. Film: „Es geschah im August“ von Hans-Hermann Hertle und Ulrich Kasten (Video, 90 Min.)
6. Bearbeitung weiterer Fluchtgeschichten (M 3.6)
7. Bearbeitung der Ereignisse des „Prager Frühlings“ 1968 und deren Folgen für die DDR

Literatur:

1. Marietta Jablonski, „Verhören bis zum Geständnis“, Betroffene erinnern sich 3, LStU, 2. Aufl. 1997
2. Achim Walther, Joachim Bittner, „Heringsbahn“ – Die Innerdeutsche Grenze im Raum Hötenleben/Offleben/Schöningen 1945–1952, Grenddenkmalverein Hötenleben e. V. 1999



Grenddenkmal Hötenleben

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Materialanhang:

M 3.2 Folie

Das MfS und der Mauerbau

Nach Schließung der Sektorengrenze in Berlin griff das MfS erneut hart durch und verhaftete viele DDR-Bürger, die gegen den Mauerbau protestiert hatten, aber auch andere missliebige Personen, die bislang geschont worden waren, um Unruhen (und damit ein weiteres Ansteigen der Westfluchten) zu vermeiden.

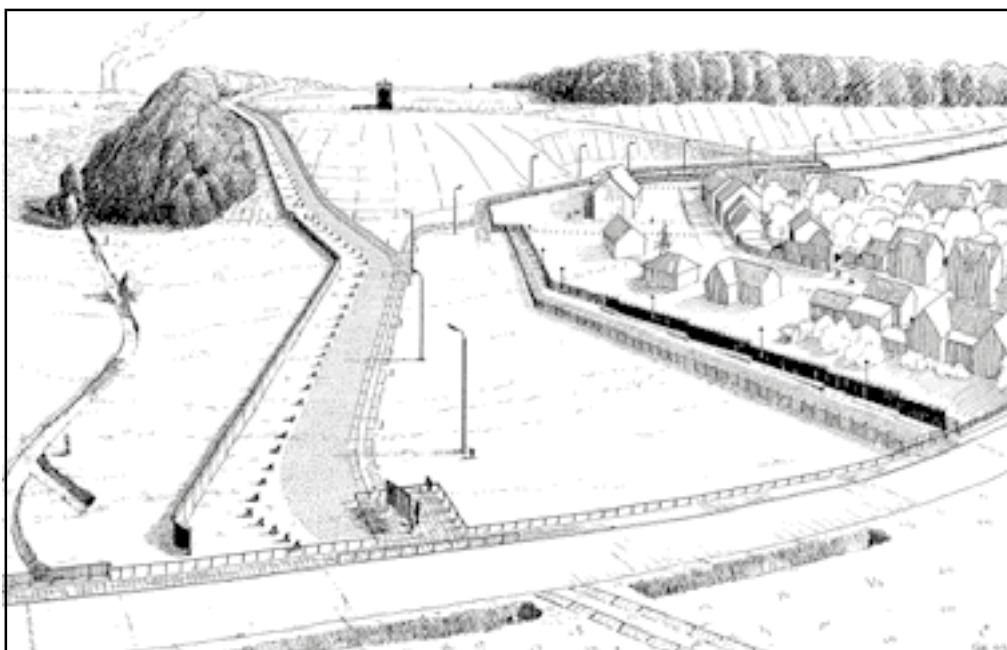
Direkte Zwangsmaßnahmen blieben also auch weiterhin ein wesentliches und als latente Drohung ausgesprochen wirksames Instrument des MfS.

Doch gewannen jetzt andere Methoden der geheimdienstlichen Überwachung an Stellenwert... Die Veränderungen berührten zum einen die geheimpolizeilichen Praktiken: Untersuchungsführer und Gefängniswärter ergingen sich seltener in offenen Brutalitäten gegen Häftlinge; die noch immer unwürdigen Haftbedingungen erfuhren eine gewisse Milderung. Das Repertoire kriminalistischer und geheimdienstlicher Methoden verbreiterte sich, nicht zuletzt ermöglichten die ständig steigende Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter und die quantitative Verbesserung des Spitzelnetzes, das geheimpolizeiliche Wirken in das Vorfeld oppositioneller Aktivitäten auszudehnen.

Zum anderen trat neben die direkte Verfolgung die präventive Erkundung potentieller Unruheherde als wichtigstes Arbeitsfeld. Der Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige „politisch-ideologische Diversion“ lieferte Mielke die Legitimation dafür, die Staatssicherheit zu einer „autorisierte(n) Kontrollinstanz gegenüber dem übrigen Staatsapparat“ auszubauen, wie der hohe SED-Funktionär Hermann Matern 1962 kritisierte.

Quelle: Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 32 f

M 3.3 Skizze des Grenzabschnitts bei Hötensleben



Achim Walther, Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Dr. Erhard Raschke, geboren 1934

„Einmal im Leben Neapel und Paris sehen“

Ich wollte meine Ausbildung durch die Promotion abschließen, die für meine angestrebte Tätigkeit als Berechnungs- und Forschungsingenieur geradezu notwendig ist bzw. mir erschien.

Als aktiver Christ wurde ich von der Übernahme einer dazu notwendigen Assistentenstelle an der Uni ausgeschlossen.

Die politischen Ereignisse um Berlin wurden im Sommer 1961 immer beunruhigender und ich verlor den Mut, die Kraft und die Hoffnung, dass sich dieser schlechte wirtschaftliche Zustand, der politische Druck, diese Degradierung und Reglementierung jemals ändern würden. Ich wollte mehr Reisefreiheit. Einmal im Leben Neapel und Paris sehen, das war mein Traum. Mich verlangte nach mehr normaler gesellschaftlicher Anerkennung, nicht immer Mensch zweiter Klasse sein zu müssen. Als „Sohn“ meines Vaters (er war Zahnarzt) hätte ich mit ihm zusammen in einem gepflegten Ferienhaus z. B. Schierke im Harz Urlaub machen können, aber als Diplomingenieur hätte ich zu diesem Heim keinen Zugang bekommen. Dieses Ferienhaus blieb für die sogenannte „Schaffende Intelligenz“ reserviert, für Ärzte, Lehrer, Richter, Schriftsteller. Aber die Diplomingenieure gehörten nicht zu dieser bevorzugten Klasse, sie hatten zu diesen gepflegten Ferienhäusern keinen Zugang.

Ich spürte das klare Bedürfnis, meinen zukünftigen Kindern einmal ein besseres, freieres, unbeschwerteres Leben bieten zu können, ein wenig „Verantwortung für sie zu übernehmen“. Für die letzte Formulierung hat mich jedoch damals ein vertrauter Mensch ausgelacht. ...

Und so beschloss ich, in den Westen zu gehen, und brachte im Juli/August 1961 schon Bücher zu Freunden nach Westberlin. Nur den Geburtstag meiner Mutter am 13. August wollte ich noch mit meinen Eltern in Brandenburg/H. verbringen. Und das war dann eben einen Tag zu spät. Am 13. August stand rings um Berlin eine fast undurchdringliche Mauer von Soldaten der Nationalen Volksarmee. Eine solche Abspernung hielten wir vorher kaum für möglich. Wir sagten uns, wenn das möglich wäre, dann hätten die DDR-Organen diese Abspernung schon längst vorgenommen.

Die darauf folgenden Jahre bis zur geglückten Flucht waren die schlimmsten und endlos erscheinenden Jahre meines Lebens. Man konnte die Tage eigentlich nur geschwächt aushalten. Viele Dinge probierte ich aus, um noch einen Weg zu finden, aber sie erwiesen sich immer wieder als undurchführbar: zu teuer, zu riskant, zu aussichtslos. ... Es gab nur ein einziges Ziel: Flucht, um ein neues Leben im Westen führen zu können.

Wurf	3.6. - 17.6. 1964	258	111-88
Wurf	VR Ungarn	714	710
Wurf	Verdacht des illegalen Verlassens der DDR über die VR Ungarn	715	712
Wurf	Verdacht hat sich bestätigt, hat aus München geschrieben	713	713
Wurf	ist von der Ungarnreise nicht zurückgekehrt, es besteht der Verdacht des RV	714	714
Wurf	1. Name: Raschke	Vorname: Erhard	
2. geb. am:	4.7.1934	In:	Kotzenau
3. Wohnort:	Magdeburg	Strasse:	Wedringer Str. 10
4. Beruf:		beruflich:	Konstrukteur
5. Arbeitsstelle:	Georgij-Dimitroff-Werk, Magdeburg	Arbeitsstelle:	TKA
6. Soziale Herkunft:		Soziale Stellung:	
7. Postleitzahl:		Mitgliedsorganisation:	
8. Vorname:			
KD Rapport vom 6. 7. 1964			
von Stenochil Leung			
Rückseite leer			

M 3.4 Zeitzeugenbericht Dr. Erhard Raschke. Quelle: „Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen“ von Dr. Erhard Raschke, Betroffene erinnern sich 12, LStU 2000

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

M 3.5 Meinungsäußerungen zur politischen Situation in der DDR und deren Folgen:

Der Staatsanwalt des Bezirkes Magdeburg

Magdeburg, den 19. 12. 68

Liste der über 20-Jährigen (von der Volkspolizei und dem MfS ermittelt)

Personalien	Sachverhalt
Beruf: LPG Bauer Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 25. 8. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	... rief am 26. 8. 68 in einer Gaststätte: „Hoch lebe die Tschechei, Russen raus!“ Einschreitende Bürger beschimpfte er mit „Russenschweine“.
Beruf: Schweißer Straftat: § 220 StGB Strafe: 10 Monate FS Strafende: 24. 6. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	Am 25. 8. 68 rief der ... vor der sowjetischen Kommandantur in Magdeburg: „Russen raus, raus Ihr Russen!“
Beruf: Traktorist Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 23. 9. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	Am 22. 9. 68 beschimpfte ... in einer Gaststätte VP-Angehörige und Mitglieder der Kampfgruppe u. a. mit „Offiziere seien für die Arbeit in der VP zu dumm, er würde ihm seinen dicken Bauch ab- treten, ich will den Wachtmeister zusammenschlagen, die Funktionäre sollen an die CSSR denken.“
Beruf: Bohrer Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 24. 8. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	Am 23. und 24. 8. 68 verleumdete er einen VP- Angehörigen mit den Worten: „Du Schwein komm runter, Dich erwürge ich. Die haben die Tschechen angegriffen, VP, diese Schweine, Dich breche ich alle Knochen, Dir drücke ich die Augen zu.“
Beruf: Rangierer Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 13. 11. 69 Haftanstalt: StVA Halberstadt	... verleumdete am 24. 8. 68 die Maßnahmen der Warschauer Paktstaaten. Die Russen haben in der CSSR nichts zu suchen. Laßt Dubcek frei – Mistpack – Schießen dürfen sie nicht mehr.“
Beruf: Arbeiter Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr 6 Monate FS Strafende: 1. 6. 69 Haftanstalt: UHA Halberstadt	Am 22. 8. 68 äußerte: „Da seht Ihr Eure Freiheit das Volk der CSSR wird unterdrückt, weil es frei sein will und auch wir haben keine Freiheit“. Am 1.9.1968 beschimpfte er eine Bürgermeisterin und ihren Ehemann als „Lumpen“ und „Schweine“. Zur Kreisleitung der SED äußerte er, daß sie Nazimethoden anwenden würde.
Beruf: Schweißer Straftat: § 106 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 6. 11. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	Am 21. 8. 68 schrieb er auf dem Gelände des RAW Magdeburg in einen Güterwagen die Losung: „Freiheit und Selbstbestimmung für die CSSR“ Bereits in den Vormittagsstunden äußerte er gegen- über Arbeitskollegen, daß die Truppen der DDR in der CSSR nicht zu suchen haben. Er sei dafür, daß die Souveränität der CSSR bewahrt bleibe, es sei wie 1938.

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Personalien	Sachverhalte
Beruf: Ausschläger Straftat: §§ 220, 214 StGB Strafe: 1 Jahr 6 Monate FS Strafende: 25. 3. 70 Haftanstalt: StVA Halberstadt	Am 26. 8. 68 äußerte ..., daß diese Entwicklung wie in der CSSR auch bei uns nötig wäre. Einige würden schon zu Gott beten, damit dies nicht eintritt. Wenn es so weit wäre, würde er ... (APO-Sekretär und Mitglied der KPKK) dieses „Schwein“ als ersten aufhängen.“
Beruf: Krananhänger Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 23. 9. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	... äußerte am 22. 8. 68 gegenüber VP-Angehörigen „Schweine, Russenknechte, bald werden Eure Litzen runter sein, wenn es hier so wird wie in der CSSR.“
Beruf: Hilfsarbeiter Straftat: § 220 StGB Strafe: 1 Jahr FS Strafende: 8. 11. 69 Haftanstalt: StVA Magdeburg	Am 9 11. 68 sang ... 2 Nazilieder und rief anschließend: „Viva Dubcek!“
Beruf: Dachdecker Straftat: § 106 StGB Strafe: 1 Jahr 9 Monate FS Strafende: 24. 5. 70 Haftanstalt: StVA Magdeburg	... äußerte am 24. 8. 68 mehrmals „Was in der CSSR geschieht, ist eine große Schweinerei. Ich habe einen Brief bekommen, wonach mein Kumpel von den Russen erschossen wurde.“
Beruf: Kellner Straftat: § 106 StGB Strafe: 1 Jahr 3 Monate FS Strafende: 29. 11. 69 Haftanstalt: Stendal	... stellte Flugblätter mit dem Text: „Es lebe Dubcek wir sind für Neutralität.“ Ca. 10 Flugblätter verbreitete er auf dem Bahnhof in Stendal
Beruf: Betonarbeiter Straftat: §§ 212, 220 StGB Strafe: 1 Jahr 6 Monate FS Strafende: 5. 3. 70 Haftanstalt: StVA Magdeburg	... bezeichnete am 30. 8. 68 VP-Angehörige als „Schweine und Nazis“ und äußerte „Die Russen müssen raus aus der CSSR, was wollen die Schweine dort.“
Beruf: Straßenbahnfahrer Straftat: § 106 StGB Strafe: 2 Jahre FS Strafende: 25. 8. 70 Haftanstalt: StVA Cottbus	... stellte mit einem weiteren Bürger 50 Hetzlosungen her, wovon sie am 26. 8. 68 ca. 40 Stück im Stadtgebiet von Magdeburg verteilten. Sie trugen den Text: „Freiheit für die CSSR – übt Solidarität.“
Beruf: Gießereiarbeiter Straftat: § 106 StGB Strafe: 2 Jahre 6 Monate FS – noch nicht rechtskräftig Strafende: Haftanstalt: z. Z. noch UHA des MfS Magdeburg	... schmierte am 24. 8. 68 mit Oelfarbe Losungen, wie „Russen raus – es lebe Dubcek“ und Hakenkreuze.

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Personalien	Sachverhalte
Beruf: Arbeiter Straftat: § 106 StGB Strafe: auf Bewährung – noch nicht rechtskräftig, wahrscheinlich Protest mit Ziel, FS Strafende: Haftanstalt:	leistete Beihilfe zu Ziff. 15, indem er Farbe und Pinsel zur Verfügung stellte und Tatort sicherte.
Beruf: Fahrdienstleiter Straftat: § 220 StGB Strafe: 10 Monate FS Strafende: Strafe noch nicht angetreten, da Strafaufschub Haftanstalt:	äußerte am 26. 8. 68: „Warum sind die Truppen in die CSSR einmarschiert, wir haben dort nichts zu suchen. Die Kommunisten müßte man alle erschießen.“
Beruf: Straßenbauarbeiter Straftat: § 220 StGB, § 212 StGB Strafe: 1 Jahr 8 Monate FS Strafende: 30. 4. 70 Haftanstalt: StVA Brandenburg	äußerte am 30. 8. 68 gegenüber dem Amtsleiter des VPKA Genthin: „Daß Du Major bist, sehe ich, Euch erschlage ich alle, weil ihr die Tschechen erschießt.“ Bei der Zuführung leistete er Widerstand ... ist wegen Widerstand, Paßvergehen 3mal vorbestraft.
Beruf: Tiefbauarbeiter Straftat: § 220 StGB Strafe: auf Bewährung verurteilt im Rechtsmittelverfahren Zurückverweisung mit dem Ziel FS Strafende: Haftanstalt: nicht in U-Haft	... schrieb am 21. 8. 68 eine Ansichtskarte an den Verteidigungsminister der DDR, die er mit: „Kriegsminister der DDR“ adressierte und in der er die Maßnahmen verleumdete.
Beruf: Kesselwärter Straftat: § 106 StGB Strafe: Strafende: seit 6. 9. 68 in U-Haft Haftanstalt: UHA MfS Magdeburg	... verbreitete am 21. 8. 68 in der Nachtschicht Hetzsendungen des Deutschlandfunks über die CSSR-Ereignisse. Dabei hetzte er insbesondere gegen W. Ulbricht.
Beruf: Student Straftat: § 106 StGB Strafe: Strafende: seit 27. 8. 68 in U-Haft Haftanstalt: UHA MfS Magdeburg	... beteiligte sich vom 21. bis 23. 8. 68 an konterrevolutionären Umtrieben in Prag. In Magdeburg hetzte er dann in mündlicher und schriftlicher Form gegen L. Breshnew und W. Ulbricht.
Beruf: Geschäftsführer Straftat: § 106 StGB Strafe: Strafende: seit 21. 11. 68 in U-Haft Haftanstalt: UHA MfS Magdeburg	Am 18. 9. 68 hetzte ... insbesondere gegen W. Ulbricht und gegen die Hilfsmaßnahmen.
Beruf: Former Straftat: § 106 StGB Strafe: Strafende: seit 26. 11. 68 in U-Haft Haftanstalt: UHA MfS Magdeburg	Am 30. 8. 68 brachte ... in Magdeburg mit Farbe 3 Hetzlosungen an, die sich gegen die Maßnahmen richteten.

Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. IX, Nr. 135, Bl. 296–301

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

M 3.6 Dokumente: Drei Beispiele für die Folgen einer Flucht aus der DDR

Abteilung IX

Magdeburg, den 29. 12. 72
Ht
4 Expl./ 4 . Ausf.

14/2993/73A

Vorteiler

Ant./Hst. z. Verh./Kont. H. 11.18

Ant./Hst. z. Verh./Kont. 4A

Ant./Hst. z. Verh./Kont. 6. A

Ant./Hst. z. Verh./Kont. 17.6

Ant./Hst. z. Verh./Kont. 17

Ant./Hst. z. Verh./Kont. 17

4. ... 17

Verdacht auf ...

17.77/73 Ev. 30. 12. 73

22. 12. 73

Auswertungsbericht

1.
geb. 54 in
wohnhaft:
zul.: Transportarbeiter
2.
geb. 49 in
wohnhaft:
zul.: Transportarbeiter
3.
geb. 57 in
wohnhaft:
zul.: Schülerin,

Die Beschuldigten haben sich des versuchten und des vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritts im schweren Fall schuldig gemacht, indem sie am 07. 04. 72 in das Grenzgebiet der DDR im Raum Oebisfelde eindringen und die Staatsgrenze zur BRD zu durchbrechen versuchten. Während der Beschuldigte durch das Eingreifen der NVA/Grenze gestellt werden konnte, vollendete der Beschuldigte die Straftat. Die Verlobte des Beschuldigten wurde durch Anwendung der Schußwaffe verletzt und erlag ihren Verletzungen.

Strafbar gemäß: § 213 Abs. 1, Abs. 2 Ziff. 3 Abs. 3 StGB i.V.m. § 6 Abs. 1 Ziff. 2 der VO zum Schutze der Staatsgrenze der DDR, §§ 63, 64 StGB

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Kreisdienststelle
Schönebeck/Elbe

Schönebeck, den 18. April 1972

BSU
000057

Operationsplan

zur Sicherung der Beisetzung der
geb. am [REDACTED] 1957 in [REDACTED], wohn. gewesen in [REDACTED]

Am 19. 4. 1972, um 10.30 Uhr, findet die Beisetzung der Oben-
genannten auf dem [REDACTED] Friedhof statt. Aus den bisherigen
Ermittlungs- und Aufklärungsergebnissen werden ca. 10 - 15
Personen teilnehmen. Dabei handelt es sich um Verwandte bzw.
enge Bekannte der Familie [REDACTED]

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. Abprache mit der Genn. [REDACTED], Staatsanwalt über:
 - wer wird als Grabredner festgelegt
 - nimmt ein Pfarrer an der Beisetzung teil und um welchen
handelt es sich
 - wie erfolgt der Anmarschweg der [REDACTED] sowie Angehörige
(per PKW o. d.)
 - welche anderen Vorkommnisse könnte es von ihrer Sicht
aus noch geben
 - ein ständiger Informationsfluß ist zwischen der Staats-
anwaltschaft und der Dienststelle zu garantieren.
2. Der IMV "Ulsberger", der den Kontakt zur Fam. [REDACTED]
hergestellt hat, wird diesen bis zum 19. 4. 72 so ausbauen,
daß er unmittelbar an der Beisetzung teilnehmen kann.
Im einzelnen hat er folgende Aufgaben zu realisieren:
 - wie verhält sich die Familie [REDACTED] im Wohngebiet
 - welche Personen nehmen mit dieser Familie Verbindung
mit welcher Zielstellung auf
 - a) Ermittlung der Namen dieser Personen
 - welche Bürger wollen an der Beisetzung am 19. 4. 72 teil-
nehmen, auch hier sind die Namen zu ermitteln
 - wie verhalten sich diese Personen
 - welche Vorkommnisse negat. Charakters gibt es vor,
während und nach der Beisetzung
 - welche Personen gehen nach der Beisetzung mit zur Fam.
[REDACTED]

M 3.6.1 Der Tod einer Schülerin am 7.4.1972 bei Oebisfelde

Quelle: BSU, Ast. Magdeburg, KD Schönebeck, Nr. 1943, Band 1, Bl. 1, 57

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

KD Halberstadt Halberstadt, den 08. 10. 1968

Information

9

BSU
000764

Hiesiger Kreisdienststelle wurde bekannt, daß die Jugendlichen

geb. am: [REDACTED] 1949 in [REDACTED]
wohn.: Schwanebeck, [REDACTED]
vorbestraft wegen versuchten Grenzdurchbruch aus
der Haft seit dem 21. 12. 1967

geb. am: [REDACTED] 1949 in [REDACTED]
wohn.: Schwanebeck, [REDACTED]
vorbestraft wegen versuchten Grenzdurchbruch aus
der Haft seit dem 20. 12. 1967

im Jugendhaus Dessau und am Arbeitsplatz die Absicht geäußert
haben, erneut die DDR illegal zu verlassen. Im Jugendhaus war
der Genannte [REDACTED] der Initiator derartiger Gespräche. [REDACTED]
verlor beim ersten Versuch, die Staatsgrenze West der DDR zu
durchbrechen, durch das Auslösen einer Mine, ein Bein. Beide
Personen versprechen sich, wenn ihnen der Grenzdurchbruch gelingt,
in Westdeutschland finanzielle Vorteile.
Wir bitten um Kenntnisnahme und Überprüfung des angegebenen
Sachverhaltes sowie um Mitteilung des Ergebnisses der Über-
prüfung.

KOPIE — BSU

Leiter der Kreisdienststelle
Lange
Hauptmann

M 3.6.2: Fluchtpläne zweier im Jugendhaus Dessau inhaftierter Jugendlicher im Oktober 1968
Quelle: BSU, Ast. Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 886, Band 1, Bl. 764

UNTERRICHTSSEQUENZ 3

Aktenzeichen: S 244/89
221-55-89

Rechtsanwältin
seit dem 19.9.1989
Magd., den 20.9.1989

19

Urteil

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache

1. [redacted] geb. [redacted]
wh: [redacted] Halberstadt 3600
PKZ: [redacted]
gegen in dieser Sache in U-Haft seit dem 27. 7. 89
in der UHA Magdeburg-Neustadt

2. [redacted]
wh: [redacted] Halberstadt 3600
PKZ: [redacted]
in dieser Sache in U-Haft seit dem 27. 7. 89
in der UHA Magdeburg-Neustadt

wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung zu einem
ungesetzlichen Grenzübertritt

BSStU
000035

hat die Strafkammer des Kreis-gerichts Magdeburg-Nord
in der Hauptverhandlung am 9.9. 89 u. 11.9. 89, an der teilgenommen haben

Richter Frau [redacted]
als Vorsitzender,

Herr [redacted]

Herr [redacted]
als [redacted],

Staatsanwalt [redacted]
als Staatsanwalt,

Rechtsanwalt [redacted]
als Verteidiger,

als gesellschaftlicher Ankläger/gesellschaftlicher Verteidiger,

Justizprotokollantin Frau [redacted]
als Protokollführer,

für Recht erkannt:

1. Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung
zum ungesetzlichen Grenzübertritt, Vergehen gem. § 213 Abs. 2
Abs. 3 Ziff. 5, Abs. 4 StGB zu einer Freiheitsstrafe in Höhe von
je 1 - einem - Jahr und 1 - einem - Monat
verurteilt.

220 50 Urteilsschrift 1. Instanz Verdruckbetrieb Demas Osterwald Ag 855008 4x7-B-C

M 3.6.3 Verurteilung eines Ehepaares wegen der Vorbereitung der Flucht nach Österreich am 11. September 1989. Das Ehepaar hatte die Flucht nur geplant, sich mittels eines Autoatlases über den Grenzverlauf informiert und eine Arbeitskollegin zu den Grenzsicherungsanlagen befragt.

Quelle: BSStU, Ast. Magdeburg, AU 2261/89, Band 2, Bl. 35

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

Das Vorgehen der Staatssicherheit nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki

Ziele der Unterrichtssequenz:

1. Die Schüler kennen die wesentlichen Inhalte und Ziele der KSZE-Schlussakte von Helsinki.
2. Die Schüler erkennen die Diskrepanzen zwischen Reden und Handeln der DDR-Führung, d. h. dem öffentlichen Bekenntnis zur KSZE einerseits und der verstärkten Überwachung der Menschen im Land andererseits.

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
1. Inhalt und Ziele der KSZE-Schlussakte		<i>Lehrervortrag:</i>
2. Das veränderte Vorgehen des MfS - Der Fall Biermann - Musikgruppen als ideologische Gefährdung für die Jugend	M 4.1 Text: Das veränderte Vorgehen des MfS CD: Die Stasi-Ballade M 4.2 Text: Der Punk Shanghai M 4.3 Dokument: MfS-Hinweise zum Auftreten ausländischer Bands M 4.4 Dokument: Bericht über eine Break-Dance-Gruppe M 4.5 Mind Map: Das MfS und die Folgen seiner Arbeit	<i>Textarbeit mit Orientierungsfragen:</i> <i>Schülerreferat:</i> zu Informationen über den Vorgang der Ausbürgerung. Einbeziehen von Film- und Tondokumenten. <i>Szenisches Spiel oder kreatives Schreiben:</i> Stellt euch vor, wie Menschen in ausweglosen Situationen fühlen und denken, sucht Wege, diese Krisen zu bewältigen!
3. Der Drang nach Freiheit in der Bevölkerung nimmt zu	M 4.6 Dokumente: Zusammenwirken von Polizei und MfS M 4.7 Dokument: Die Beobachtung von Jugendlichen in ihrer Freizeit M 4.8 Dokument: Einschränkung bei der Berufswahl M 4.9 Dokument: Situation an der Schule 1989 M 4.10 Dokument: Situation an der Schule 1989	<i>Cluster:</i> zum Thema Freiheit erstellen. <i>Diskussionen von Studentengruppen, Schulklassen oder kirchlichen Gruppen nachspielen:</i> <i>Brief verfassen,</i> der Ausreise beantragt

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
4. Ausreise aus der DDR	M 4.11 Ausreisestatistiken M 4.12 Arbeitsblatt: Menschenhandel mit politischen Gefangenen	<i>Diskussion in Kleingruppen</i> über die Statistiken, über die moralische Seite des „Menschenhandels“, über die möglichen Folgen des Reiseverbots.

Materialien im Überblick:

- M 4.1 Text: Das veränderte Vorgehen des MfS
Dieser Text benennt die Gründe für die veränderte Arbeitsweise des MfS ab 1976.
Quelle: Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 42 ff.
Hier kann die „Stasi-Ballade“ von Wolf Biermann einbezogen werden.
Quelle: Wolf Biermann, Ermutigung im Steinbruch der Zeit (2001, CD, ISBN 3-934011-21-7)
- M 4.2 Text: Shanghai (geboren 1967), Mitglied der Punkband VITAMIN A, vom MfS erfasst als Operativer Vorgang „Terz“
Bei diesem Text handelt es sich um einen Auszug aus einer Materialsammlung, die weitere Jugendliche in der DDR vorstellt. Nach seiner Verhaftung 1986 kam Shanghai in die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg (Moritzplatz). Von dort wurde er nach seiner Verurteilung in das Zuchthaus Brandenburg transportiert.
- M 4.3 Dokument: MfS-Hinweise zum Auftreten von Bands aus der Bundesrepublik und dem Ausland.
Das Dokument ist ein Auszug aus einer Einschätzung der BV Magdeburg des MfS, Abt. XX vom 31.3.1989 zur politisch-operativen Lageentwicklung für den Sicherungsbereich der Abt. XX im März 1989. Es geht um Auftritte der Westberliner Band „Caspar Brotzmanns Massaker“ in Osterburg, Salzwedel und Magdeburg sowie der Band „Fantastik Spoons“ aus den USA in Schönebeck.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 57, Bl. 263
- M 4.4 Dokument: MfS-Bericht über eine Break-Dance-Gruppe aus Burg vom 28.2.1984
Hier handelt es sich um eine Einschätzung der Musik durch einen Inoffiziellen Mitarbeiter „Walter Ilsenburg“. Der Bericht wurde in der konspirativen Wohnung „Waltraud“ durch den Mitarbeiter des MfS Werner Weber entgegen genommen. Die Musik wird in die Nähe von George Orwells Roman „1984“ gerückt, der als „staatsfeindlich“ galt.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Nr. 159, Bl. 308
- M 4.5 Mind map: „Das MfS und die Folgen seiner Arbeit“
Eine anschauliche Form, umfangreiche Textinhalte grafisch übersichtlich darzustellen, stellt die Mind map dar. Dazu wird das Thema zentral in die Mitte des Blattes geschrieben, von wo aus verschiedene Äste abgehen.
- M 4.6 Dokument: Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und MfS bei der Verfolgung von Antragstellern auf Ausreise
Hierbei handelt es sich um sogenannte Sofortmeldungen der Volkspolizei per Fernschreiber an das MfS über Personen, die am 1. Mai 1988 auf ihren Wunsch nach Freiheit mit eigenen Transparenten auf der Maikundgebung in Magdeburg aufmerksam gemacht hatten. Ihre Losungen lauteten: „Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland“ und „KSZE+Freiheit hier nie“.
Quelle: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 25, Volkspolizeikreisamt Magdeburg, Nr. 7941, Bl. 381, 382

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

- M 4.7 Dokument: MfS-Bericht über das Verhalten Jugendlicher zu Pfingsten 1989 am Blauen See bei Rübeland/Harz
Aus diesem Bericht ist das Zusammenwirken des MfS mit der Polizei und der SED bei der vorbeugenden Kontrolle der Jugendlichen ersichtlich. Jährlich trafen sich am „Blaunen See“ bei Rübeland Jugendliche, um das Pfingstfest miteinander zu verbringen. Im Ergebnis wird vom MfS festgestellt, es zu keinen Zwischenfällen kam.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 57, Bl. 513
- M 4.8 Dokument: Ablehnung einer Bewerbung zum Medizinstudium aus religiösen Gründen im Dezember 1976
Ein Krankenpfleger aus Magdeburg hatte sich zum Medizinstudium in Rostock beworben. Er selbst war nach Auskunft der angefragten MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg nicht negativ erfasst, jedoch sein Vater auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Kirche. Aus diesem Grund wurde der Sohn zum Medizinstudium nicht zugelassen.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, ZMA 1648, Bl. 1, 2
- M 4.9 Dokument: Die Situation von Schülern und Lehrern im Herbst 1989 in der POS Haldensleben (aus: Information der AKG Magdeburg über die Reaktion und Stimmung der Bevölkerung zur aktuellen Lage – Stand 31.10.1989, 12.00 Uhr)
Hierbei geht es um die Situation im Staatsbürgerkundeunterricht.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Nr. 4362, Bl. 41
- M 4.10 Dokument: Die Situation von Schülern und Lehrern im Herbst 1989 in Magdeburg – POS Humboldt (aus: Berichterstattung der Abt. XX vom 12.10.1989)
Der Bericht zeigt den Umgang mit den Demonstrationen im Herbst 1989 an der Schule (z. B. werden die Schüler gebeten, die Demonstrationen nicht zu besuchen).
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Nr. 4362, Bl. 140
- M 4.11.1 Tabelle: Ausreisestatistik
Die Anträge auf eine ständige Ausreise aus der DDR mussten bei der Abteilung für Inneres der Stadt oder des Kreises gestellt werden. Die Antragsteller machten dort oft demütigende Erfahrungen. Entschieden wurden die Anträge in Absprachen zwischen dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Staatssicherheit. Grundsätzlich ging die DDR davon aus, dass die Anträge rechtswidrig sind (wenige Ausnahmen: Familienzusammenführung, Ausreise im Rentenalter).
Quelle: Stadtarchiv Magdeburg, VA 2942n, Quartalsanalyse IV/85 über Ausreiseersuchen vom 20.12.1985
- M 4.11.2 Dokument: Quartalsanalyse I/87 über Ausreiseersuchen vom 18.3.1987
Die statistische Erfassung erfolgte quartalsweise. Es wurde nicht nur nach dem Alter, sondern auch nach den Berufen und nach den Gründen für die Ausreisewünsche erfasst.
Quelle: Stadtarchiv Magdeburg, VA 2942n
- M 4.11.3 Text: Zur Arbeit des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres mit den Leitern der Betriebe und Einrichtungen der Stadt Magdeburg
Nicht nur die Mitarbeiter des Staatsapparates, sondern auch Betriebsleiter, die Gewerkschaft, Freie Deutsche Jugend und andere wirkten an der „Zurückdrängung von Ausreiseersuchen“ mit. Durch Gespräche und Beurteilungen wurde Einfluss genommen.
Quelle: Stadtarchiv Magdeburg, VA 2942n, Quartalsanalyse IV/81 über Ausreiseersuchen
- M 4.12 Arbeitsblatt: Menschenhandel mit politischen Häftlingen in der DDR

Weiterführende Anregungen:

1. Besuch der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz und des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.
2. Gespräch in kleinen Gruppen (je 3 Schüler)
Aufgabe: Versucht, Euch Situationen vorzustellen, in denen ein Mensch vollkommen hilflos und ausgeliefert ist!

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

Welche Möglichkeiten gibt es, diese Situationen zu überstehen und hinterher zu verarbeiten?

3. Erstellung eines Videofilmes über den Gedenkkomplex am Moritzplatz mit dem Ziel, ihn in der Schule vorzuführen und zu diskutieren

Literatur:

1. Edda Ahrberg, „Mit gestutzten Flügeln“ Sachbeiträge 2, LStU 1996
2. Shanghai, „Unter der Neonsonne“, Verlag Vogelfrei
3. Sascha Möbius, „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“, Die MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt von 1957 bis 1970, 1999
4. Jutta Gladen, Die Sicherungsmaßnahmen zum 1. Mai 1988 in Magdeburg. Eine Materialsammlung, Sachbeiträge 14, LStU 2000
5. Jutta Gladen, „Man lebt sich auseinander“. Von der Schwierigkeit, Verwandte drüben zu besuchen, Sachbeiträge 19, LStU 2001

Materialanhang:

M 4.1 Text:

Das veränderte Vorgehen des MfS

Zur Herausforderung wurde die internationale Debatte um die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte, vor allem nach der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki 1975. Die damit von der SED offiziell anerkannten Garantien der Meinungsfreiheit und der Freizügigkeit nehmen viele DDR-Bürger zum Anlass, innenpolitische Veränderungen zu fordern. Neben den quantitativ eher kleinen, aber politisch bedeutsamen Bürgerrechtsinitiativen rückten ausreisewillige DDR-Bürger in den Mittelpunkt der MfS-Verfolgung. Die „Zurückdrängung von unrechtmäßigen Übersiedlungsersuchen“ wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben.

Das Bemühen der DDR-Führung um internationale Reputation und die sprunghaft wachsenden „feindlichen“ Einflüsse durch Westkontakte von DDR-Bürgern schmäleren den Spielraum des MfS für offene Gewaltmaßnahmen. Die Staatssicherheit nahm diese Veränderung allerdings keineswegs zum Anlaß, ihre Aktivitäten zu drosseln – im Gegenteil: sie steigerte den Grad der verdeckten Überwachung und modifizierte ihre Methoden. Mit Hilfe der erheblich ausgebauten Netzes von inoffiziellen Mitarbeitern sollte nicht nur jede „feindliche“ Aktivität bereits im Ansatz aufgedeckt, sondern auch mit konspirativen Mitteln, die für den Betroffenen nicht erkennbar waren, bekämpft werden. Festnahmen konnten das Interesse der in der DDR akkreditierten westlichen Journalisten erregen. Deshalb sollte zunächst alles unternommen werden, um Menschenrechtsaktivisten, Ausreisewillige und andere „auffällige“ Bürger mit verdeckten Mitteln auszuschalten. Unter anderem mit den Mitteln der in den siebziger Jahren verstärkt in der MfS-Arbeit integrierten „operativen Psychologie“ wurden „Zersetzungsmaßnahmen“ ergriffen, um Konflikte zwischen Gruppenmitgliedern zu erzeugen oder zu schüren, ihre Anbindung an kirchliche Institutionen zu schwächen oder zu vereiteln, Oppositionelle in ihrem Engagement zu bremsen und auszuschalten. Entscheidend war dabei, dass die Staatssicherheit als eigentlicher Drahtzieher nicht erkennbar wurde. Sie sollten insbesondere dann eingesetzt werden, wenn „der jeweilige Operative Vorgang aus politischen und politisch-operativen Gründen im Interesse der Realisierung eines höheren gesellschaftlichen Nutzens nicht mit strafrechtlichen Maßnahmen abgeschlossen werden soll“, zum Beispiel, wenn die direkte Repression zuviel Aufruhr erzeugt und damit deutsch-deutsche Verhandlungen gefährdet hätte.

Der gewandelte Einsatz der MfS-Instrumente lässt sich am Beispiel der Reaktionen auf die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November 1976 deutlich nachvollziehen.

Quelle: Jens Giesecke, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 42 ff

Anmerkung: Im November 1976 durfte Wolf Biermann nach langen Jahren des Auftrittsverbotes in der DDR zu einer Konzertreise in die BRD fahren. Doch nach einem Konzert (mit Fernsehübertragung aus Köln) bürgerte ihn die DDR aus, geplant war dieses schon lange.

M 4.2 Text:

Shanghai, geboren 1967

Mitglied der Punkband „VITAMIN A“, vom MfS erfasst als Operativer Vorgang „Terz“

Die Punkband VITAMIN A gründete sich 1983 in Magdeburg. Zunächst gab es Auftritte bei Partys und kirchlichen Jugendabenden. Als die Polizei in Magdeburg-Mitte eine Punkparty räumte, beschlagnahmte sie unter anderem ein Textheft der Band. Im Anschluss daran erfolgten mehrere Zuführungen fast aller Gäste durch die Polizei. Bei den Vernehmungen wurden erste Drohungen bezüglich der Liedtexte ausgesprochen. Trotzdem gingen die Konzerte weiter. In dem Probenkeller wurden sie notdürftig auf Kassetten aufgenommen und diese anschließend unter den Jugendlichen verbreitet. In den Texten wandte sich die Band vorwiegend gegen Aufrüstung (SS-20 und SDI), Repression, militärische Erziehung und Normdenken:

Das Land ist dein Land

*Das Land ist dein Land und das ist mein Land
Von Oder-Neiße bis hin zum Weststrand.
Von Kap Arkona bis nach Karl-Marx-Stadt,
das Land ist da für dich und mich.
Du kommst nicht raus aus Schwerin,
du kommst nicht rein nach Berlin.
Darfst nicht nach Halle, denn da ist Pressefest,
willst du nach Jena, hängst du in Erfurt fest.
Die Polizei steht schon bereit
An jeder Stelle, für alle Fälle,
denn dieser Freistaat ist Polizeistaat
ich fahre trotzdem wohin ich will.*

Shanghai und ein Freund wurden im Frühsommer 1986 an einer Straßenbahnhaltestelle in Magdeburg festgenommen und in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit inhaftiert. Am 13.11.1986 wurde er, der Mitglied der Band war und auch Tonaufzeichnungen gemacht sowie ein Textheft hergestellt hatte, vom Kreisgericht Magdeburg-Nord wegen „... mehrfacher öffentlicher Herabwürdigung, gemeinschaftlich begangen ... Verbrechen gem. § 220 Abs. 1 und 2 StGB, wegen versuchter Zusammenrottung, Vergehen gem. §§ 217 Abs. 2 und 3, 63–66 StGB zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten vom Kreisgericht Magdeburg-Nord verurteilt. Am 15. Juni 1987 wurden er und sein Freund aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden entlassen und die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt. Seine Erfahrungen während der Haft schilderte er in der Erzählung „Unter der Neonsonne“.

Quelle: Edda Ahrberg, „Mit gestutzten Flügeln“, Sachbeiträge 2, LStU 1996

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.3 MfS-Hinweise zum Auftreten von Bands aus der Bundesrepublik und dem Ausland:

12

BStU
263

3.2. Sicherungsbereich Kultur/Massenmedien

1. Operativ zu beachten sind Auftritte der Gruppe

"CASPAR BROTZMANN'S MASSAKER"/Berlin-West

am 13. 04. 1989 in Osterburg, 19. 04. 1989 in Salzwedel und am 20. 04. 1989 im Ernst-Thälmann-Kulturhaus in Magdeburg, die über die Künstleragentur der DDR und die Konzert- und Gastspieldirektion Magdeburg vermittelt wurden. Bei dieser Gruppe soll es sich um eine Jazz-Rock-Formation handeln, über die bisher aber keine weiteren Erkenntnisse vorliegen.

Unter punkorientierten Jugendlichen und Jüngerwachsenen wird die Gruppe als Punk-Band eingestuft. Nach streng intern vorliegenden Hinweisen besteht die Absicht unter diesen Personenkreisen des Bezirkes Magdeburg sowie der Bezirke Berlin, Halle, Leipzig und Erfurt, die Veranstaltung in Salzwedel zu besuchen.

In konsequenter Durchsetzung der Aufgabenstellungen gemäß VVS 0008 v. 14/38 des Stellv. des Ministers, Genossen Generaloberst Mittag sowie der zentral vorliegenden Hinweise zum Fußball-Länderspiel DDR - Türkei in Magdeburg und geplanter öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten neofaschistischer Gruppierungen im Operationsgebiet am 20. 04. 1989 (100. Geburtstag Hitlers) wurden durch die Abteilung XX in Zusammenarbeit mit den territorial zuständigen Diensteinheiten der genannten Veranstaltungsorte und in engen Zusammenwirken mit der DVP politisch-operative Sicherungsmaßnahmen zur Aufklärung von Plänen und Absichten negativ-dekadenter Personenkreise zur Störung der Veranstaltungen sowie zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit eingeleitet.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Auftritten der genannten Gruppe aus Berlin-West ist auch sich abzeichnende Probleme bei der Vermittlung und Verpflichtung ausländischer Musikformationen, insbesondere aus dem NGW, für DDR-Tourneen zu verweisen. Die Konzert- und Gastspieldirektionen erhalten zwar Angebote für Auftritte, aber keine nähere Hinweise zu den Gruppen, so daß die Weitervermittlung durch die KGD vielfach widerspruchsfrei und ohne Rückfragen erfolgt.

Erst während der Auftritte entpuppen sich NGW-Gruppen als Punkformationen bzw. stellen sich mit hartem Rock sehr schnell auf das Publikum ein.

Die Bewertung trifft zu für die am 27. 02. 1989 in Schönebeck stattgefundene Veranstaltung mit der USA-Rockgruppe

"Fantastik-Speone"

im Rahmen ihrer DDR-Tournee, die sich mit ihrer Musik sofort auf das Verhalten der ca. 20 anwesenden Skinheads aus Magdeburg einstellte und damit den weiteren Veranstaltungsverlauf im Sinne der Skinheads (pogo-Tanz) prägte.

Quelle: Einschätzung der BV Magdeburg des MfS, Abt. XX vom 31.3.1989 zur politisch-operativen Lageentwicklung für den Sicherungsbereich der Abt. XX im März 1989 (Auszug)
BStU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 57, Bl. 263

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.4 MfS-Bericht über eine Break-Dance-Gruppe aus Burg vom 28.2.1984

Walter Ilseburg

Maßnahme
Original an Kd Burg für
besten Veranlassung

000261

angenommen am: 28.02.1984
durch: Werner Weber
in: Wiltbrand
Tb-Bericht
gefertigt in: 3 Expl.

BSStU
000308

Betr.: "Break-Dance"-Gruppe aus Burg (?)

Am 23.02.1984 trat im Rahmen eines Konzertes der Magdeburger Berufs-Tanzmusikformation "Raggie Play" eine sogenannte "Break-Dance"-Gruppe mit Hyperschuß.

Die Gruppe stammt wahrscheinlich aus Burg und besteht aus acht männlichen Jugendlichen und einer weiblichen Jugendlichen im vermutlichen Alter zwischen 16 und 18 Jahren. Die Tänzer hatten zu unkenntlichen Masken in den Farben Gold, Silber, Rot usw. geschminkte Gesichter, trugen entsprechende Phantasiekleidung und führten nicht ungeschickt Darbietungen des aus den USA in der BRD verbreiteten "Break-Dance" vor, der mit stark rhythmischer, gleichförmiger Musik und bewußt "abgehackten" Bewegungen einen Tanz der "Roboter" zeigt, auf die Bedrohung der Menschen durch das Vordringen der "Roboter" abhebt, in Grunde einen geschichtspessimistischen "künstlerischen" Beitrag zur Illustration des ORWELL-Romans "1984" darstellt. Der "Break-Dance" allgemein wie die Darbietungen der "Break-Dance"-Gruppe aus Burg (?) wie große Teile des Programms der Gruppe "Raggie Play", nach dessen Musiktitel die "Break-Dancer" tanzten, waren einfach sozialismisfremd. Die Art der Beziehungen zwischen der Gruppe "Raggie Play" und der "Break-Dance"-Gruppe sind mir nicht bekannt. Starkes Interesse für die Tänzer zeigte der Magdeburger Fotograf (VSK/DDR) [REDACTED]

(gez.) Walter Ilseburg

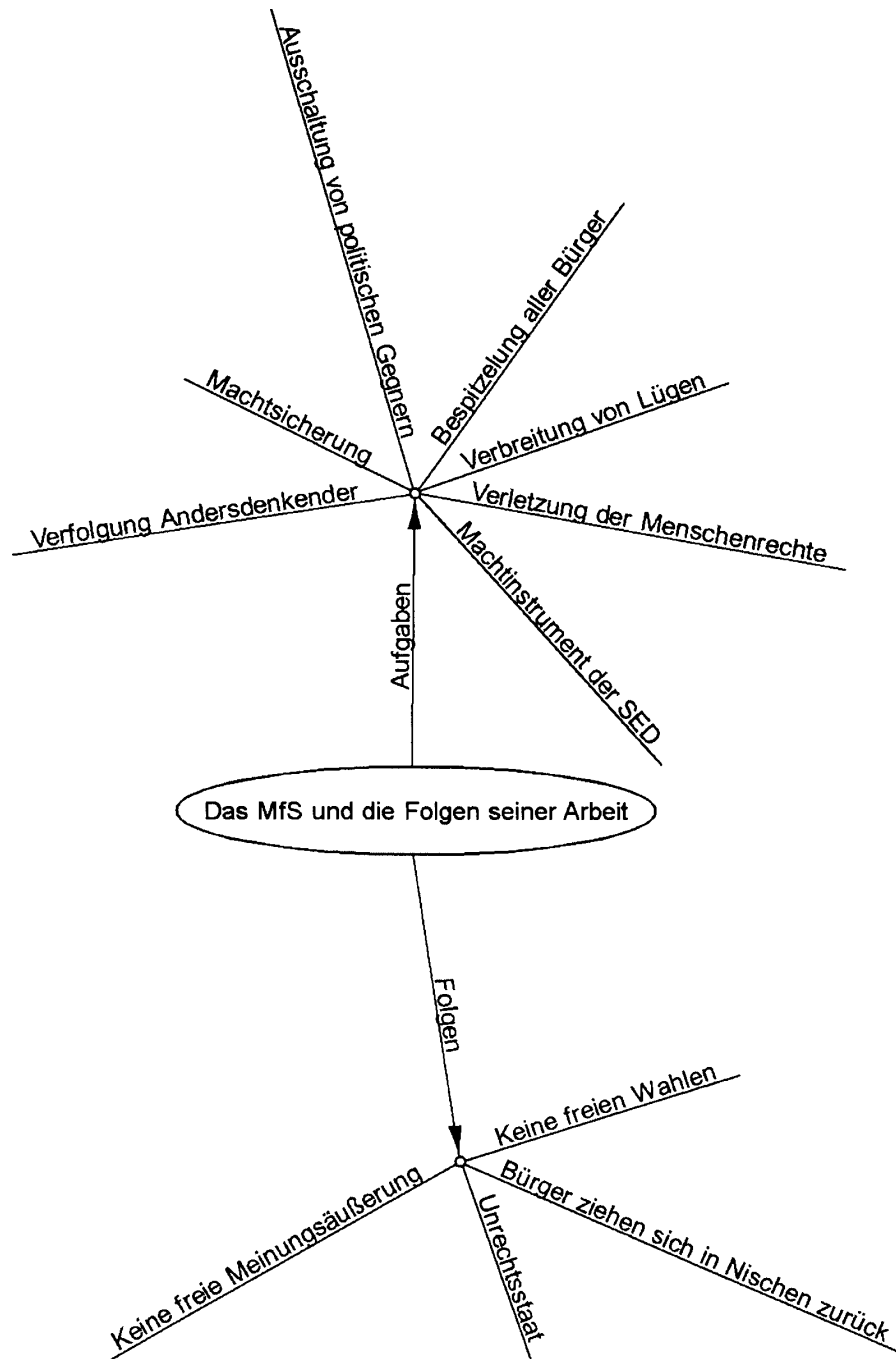
F.d.R.: [Signature]
Werner Weber

Kopie BSStU
AR 6

Quelle: BSStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Nr. 159, Bl. 308

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.5 Mind map: Das MfS und die Folgen seiner Arbeit



Aufgabe: Vervollständigen Sie!

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.6 Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und MfS bei der Verfolgung von Antragstellern auf Ausreise am 1. Mai 1988

sofortmeldung gem. 1.6.(10) ODH
provokatorisch demonstrative handlung 381

wann:
01.05.1988, 11.38 uhr feststellung

wer:
1.
[redacted] 66 4 12228 in magdeburg
w. magdeburg [redacted] 133
tätigkeit: tischler, kvv magdeburg - [redacted]
ledig
organisiert: fdgb
vorbestraft

2.
[redacted] 66 4 12249 in magdeburg
w. magdeburg [redacted] (Acqua) [redacted] 19
tätigkeit: elektriker, kvv magdeburg - [redacted]
ledig
organisiert: fdgb

wo:
magdeburg, wilhelm-pieck-schule von erriehen der tribüne der
maifeierlichkeiten

was:
provokatorisch demonstrative handlung

wie/womit:
entfalteten unmittelbar vor der tribüne im marschblock ihre
selbstgefertigte schwarz-rot-goldene fahne aus leinwandstoff
mit der aufschrift: "Lass uns dir zum guten dienen"
deutschland einig vaterland
in der größe 1,53 x 0,85 m.

wert:
städtliche öffentlich ordnung der vr

warum:
motiv wird z.v. gepuoft

was veranlasst:
unmittelbar nach entrollen des transparentes zufuehrungsdurch
kräfte s. uenernahme durch k -bdvp magdeburg.
befragung der verdächtigen veranlasst,
weitere bearbeitung k-bdvp magdeburg.
es wird nachberichtet.

bdvp magdeburg odu oberaltbn. der vp boerach (uml) 1555 +

Weitere Bearbeitung durch BV MfS

-1020-
col. k

all 26-ar- 01305, 1020st
+ vorka abg 1020st
xj-4--f

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

ODH 382

bhv
-an-
+ vpk mag 1 18 owz 01.05.88 2240 st =

chiffriert

bdvp magdeburg.od h =

betr. sofortmeldung gem.nr. 1.6.(10)/k
verd. prov. demonstrationshandlung

wann:
01.05.1988 21.35 uhr
01.05.1988 21.35 uhr durch krafte des vpr mitte
01.05.1988 21.30 uhr vp bekannt

wo:
~~an der stadt~~
05.07.54 412255 magdeburg
magdeburg, ~~Wilhelm-Pieck-Str.~~ str. 16
ohne arbeitsrechtsverhältnis
ersucher uebersiedlung in bnd

wo:
magdeburg, wilhelm pieckallee zwischen
ehrentribuene und reisebuero
vpka magdeburg

was:
verdacht des prov. demonstrativen verhaltens
durch zur schaustellung eines kopfkissenbezuges
mit aufgetragener losung "soze + freier"
hier nie", buchstabenhoehe 20 cm und 10 cm
mit braeunlicher farbe

wie/womit:
breitet den kopfkissenbezug vor koerper aus
und traegt bezug auf oeffentlicher strasse

wen:
staatliche ordnung und sicherheit der ddr

warum:
unbekannt

was veranlasst:
verstaendigung al. ld vpk, stellv. ltr.k.
abstimmung mfs, weitere ueberpruefung durch k bdvp

vpka magdeburg odh major der vp schulz 2240+

-2253

col.k

qll 18 -an- 01.05.88 2253 ti
+ bdvp mag 25 +++
skm

Quelle: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 25, Volkspolizeikreisamt Magdeburg, Stab/ODH, Nr. 7941, Bl. 381, 382

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.7 MfS-Bericht über das Verhalten Jugendlicher zu Pfingsten 1989 am Blauen See bei Rübeland/Harz

Abteilung XX Magdeburg, 09. 05. 1989

BSU
000513

*Od. H. Brück
Op. Beauftragter
9.5.89*

R a p p o r t

Auf der Grundlage einer IM-Info der Abteilung XVIII vom 26. 04. 1989, hinsichtlich zu erwartender Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit dem jährlichen überregionalen Zusammentreffen negativ-dekadenter Jugendlicher/Jungerwachsener über die Pfingstfeiertage am "Blauen See" in Rübeland/Harz (Kreis Wernigerode), wurde auf Weisung des Leiters der Abteilung XX, Genossen OSt Groch, durch Genossen Oltm. Förster eine telefonische Konsultation zum genannten operativen Sachverhalt mit den Genossen Gersten der KD Wernigerode (Linie VII) realisiert.

Die Information der Abteilung XVIII wurde durch die KD Wernigerode weitestgehend bestätigt und auf dieser Grundlage das POZ/ mit dem VPKA Wernigerode zur operativen Kontrolle bereits eingeleitet.

Das VPKA Wernigerode hat von dem genannten Sachverhalt die Kreisleitung der SED informiert und einen Maßnahmenplan zur vorbeugenden Verhinderung von rowdyhaften, kriminellen und die Ordnung und Sicherheit gefährdenden Verhaltensweisen Jugendlicher/Jungerwachsener im Zusammenhang mit dem zu erwartenden überregionalen Treffen am "Blauen See" in Rübeland zu Pfingsten erarbeitet.

Die Abteilung XX informierte bereits am 02. 05. 1989 im Rahmen des koordinierten Zusammenwirkens des Dez. I der BDVP Magdeburg, Genossen [Name] von dem o. g. Sachverhalt und bat, entsprechend den Federführungsaufgaben der BDVP, bei der Einleitung erforderlicher operativer Maßnahmen, entsprechend der operativen Bedeutsamkeit des genannten Treffens negativ-dekadenter jugendlicher Personengruppen, um Anleitung und Unterstützung der AR I des VPKA Wernigerode.

Leiter der Abteilung
[Signature]
Groch
Oberstleutnant

Verteiler
Stellv. Operativ
AKG
Abteilung XVIII
Abteilung XX/3
Abteilung XX/ABZ

*Telex: KD Wernigerode 2.6.89 HA f. Jugendpol.
12.-15.5. Punks-Treffen von 150 Punks aus der
Goslarer Republik.
Es kam zu keinen Zwischenfällen od. öffentlichkeitswidrigen
Störungen. Die Punks waren u. haben sich nicht auf einen
Platz am Blauen See unter ständiger op. Kontrolle aufge-
stellt. [Rapport] gibt es keine KP, die diesen Punks aus-
sagen v. 13.5.89*

*[Blaue See gut 1km
vom Volkswissen
entfernt.]*

Quelle: BSU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 57, Bl. 513

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.8 Ablehnung einer Bewerbung zum Medizinstudium aus religiösen Gründen im Dezember 1976

ZH

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Rostock
Abteilung XX - Leiter

Rostock, 25.10.
Ber./XX XX/3 3410 / 76

BSU
000001

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Magdeburg
Abt./XX XI/1

Magdeburg

mit XX/14 prüf-

Bewerbung für ein Medizinstudium

A op [redacted] für 25/14 empf.

geb.: [redacted]
wh.: [redacted]
tätig: Krankenpfleger, Med. Akademie Magdeburg

Genannte/r hat sich zum Studienjahr 19.77/.78 für ein Medizin-
studium an der W.-Pieck-Universität Rostock beworben.

Es wird um Überprüfung des Bewerbers bzw. der Verwandten 1. Gra-
des (siehe Anhang) nach folgenden Punkten gebeten:

1. Überprüfung in den Speichern der Dienstseinheit und der DVP
2. Personen, Kontakte und Verbindungen, die einen negativen Ein-
fluß auf die Genannten ausüben?
3. Gründe, die gegen die Aufnahme des Medizinstudiums durch
den Bewerber sprechen? Sind die Gründe operativ auswertbar?

Termin: 22.11.76

Stellvertreter Operativ

Handwritten signature
Menschel
Oberst

Handwritten signature
Scherwinski
Oberstltn.

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

689

BStU
000002

dringend *[Handwritten mark]*

BV des Mrs Magdeburg, Abteilung XX/3/AG GW/Sche
BV des Mrs Rostock, Abteilung XX

Magdeburg 7. 12. -6

Ihr Schreiben - Tgb.Nr. 1410/76

Studienbewerbung des [REDACTED] ablehnen, stammt aus
reaktionärer kirchlicher Familie, keinerlei Garantien
für positive Entwicklung gegeben.
Studienbewerber ist in unseren Spiegeln nicht erfasst.
Vater erfasst in A OP [REDACTED] für Abt. XX/4 Magdeburg

KOPIE - BStU

[Handwritten signature]

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.9 Die Situation von Schülern und Lehrern im Herbst 1989 in der POS Haldensleben

Schüler der Klasse 10 b der POS " [REDACTED] " Haldensleben und deren Eltern sind empört und führten heftige Diskussionen darüber, daß durch Lehrer im Staatsbürgerkundeunterricht eine schriftliche "offene und ehrliche Meinungsäußerung" abgefordert wurde. Durch den Fachlehrer erfolgte eine Bewertung mit Prädikaten, in der Mehrheit mit der Note "5". Schüler und Eltern sind der Meinung, daß man eine offene und ehrliche Meinungsäußerung zur gegenwärtigen Lage in der DDR nicht mit "Noten" bewerten könnte, da dann von vornherein wieder Zwänge auferlegt wurden.

Quelle: Information der AKG Magdeburg über die Reaktion und Stimmung der Bevölkerung zur aktuellen Lage – Stand 31.10.1989, 12.00 Uhr, BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Nr. 4362, Bl. 41

M 4.10 Die Situation von Schülern und Lehrern im Herbst 1989 in Magdeburg – EOS Humboldt

Bereich Volksbildung – Humboldt-EOS Magdeburg

Vorherrschendes Diskussionsthema unter den Schülern bildet die innenpolitische Lage der DDR. Offen wird über das "Neue Forum" und dessen Ziele gesprochen, ohne eine konkrete und vollübereinstimmende Sympathiesanz festzustellen. Seitens des Lehrerkollektive mußte ein Schüler (Name nicht bekannt) ein Zettel vom "Neuen Forum" abgenommen werden. Das Lehrerkollektiv unterbindet diese Diskussion nicht und versucht, Fragen der Schüler diesbezüglich zu beantworten. Nach Anweisung vom Stadtschulrat wurden die Schüler gebeten, Veranstaltungen, welche Montags und Donnerstags im Dom stattfinden, nicht zu besuchen. Ebenfalls Gesprächsstoff bot der "Offene Brief" [REDACTED] in der "Jungen Welt" vom 9. 10. 1989. Nach Meinung der Quelle ist dies ein richtiger Weg zur Minderung der inneren Spannung.

Quelle: [REDACTED] EOS

Quelle: Berichterstattung der Abt. XX vom 12.10.1989, BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Nr. 4362, Bl. 140



Demonstration am 30.10.1989
in Magdeburg
(Foto: Ute Schramm)

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.11.1 Rat der Stadt Magdeburg			Berichtszeitraum: IV. Quartal/ Stand vom: 20.12.1985						Quelle: Stadtarchiv Magdeburg VA 2942n			
	Ersuchen insgesamt	davon eingereicht von										Personen insgesamt
		A) Familien			B) Einzelpersonen mit Kind			C) Einzel Person	D) Einzel Kind	Personen insgesamt		
		Fam.	E	K	EmK	E	K			E	K	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zahl der Ersuchen Ende des vorigen Quartals	435	200	402	247	33	34	43	202	-	638	290	928
Davon in StVE	54	-	14	-	-	1	-	43	-	58	-	58
Im Berichtszeitraum erstmals eingegangene Ersuchen	43	14	28	17	5	5	6	24	-	57	23	80
Davon aus StVE	1	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	1
Nach Rücknahme erneut gestellte Ersuchen	17	5	11	9	1	1	1	11	-	23	10	33
Zugezogen	5	-	-	-	5	5	5	-	-	5	5	10
Ersuchen insgesamt	500	219	441	273	44	45	55	237	-	723	328	1051
Zurückgezogen	29	6	14	12	5	5	6	18	-	37	18	55
Verzogen	17	12	4	29	-	-	-	5	-	9	29	38
Verstorben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ungesetzliches Verlassen der DDR	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
aus der StVE entlassen	14	5	12	-	-	-	-	9 (4)	-	21	-	21 (4)
zur Überstellung genehmigt durch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellv. des OB für Inneres	39	23	46	27	4	5	6	12	-	63	33	96
Leiter der HA	401	173	365	205	35	35	43	193	-	593	248	841
insgesamt noch in Bearbeitung befindliche Ersuchen (Zahl für nächstes Quartal)												
davon in StVE	45	-	8	-	-	2	-	45	-	55	-	55
bei der (4) handelt es sich um zwei unbekannte Personen und um zwei Personen aus 2. NK												

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.11.2 Quartalsanalyse I/87 über Ausreiseersuchen vom 18.3.1987

RAT DES STADTBZIRKES NORD
DER STADT MAGDEBURG
Stellvertreter des Stadt-
bezirksbürgermeisters
für Inneres

14.4 März 1989

3018 Magdeburg, den 18. 3. 87
Nicolaiploß 6

gelesen
am: 18.3.87

Berichterstattung über die Unterbindung und Zurückdrängung von
Versuchen zur Erreichung der Übersiedlung und der Antragstellung
auf ständige Ausreise aus der DDR nach der BRD/Berlin (West) des
Rates des Stadtbezirkes Nord

Quartalsanalyse I / 87

1. Im ersten Quartal 1987 war im Stadtbezirk Nord erneut eine
starke Zunahme von Erstersuchen zu verzeichnen, wobei ein
Zugang, insbesondere in den Monaten Januar und Februar,
vorhanden war. Für den Monat März kann keine umfassende Ein-
schätzung vorgenommen werden, da mit Stand 20. 3. 87 die
Analyse abgeschlossen wird und der weitere Zugang nicht
überschaubar ist und keine Berücksichtigung findet. Derzeitig
ist aber erkennbar, daß im Monat März ein geringerer Zugang
gegenüber den Vormonaten zu verzeichnen ist.

In Auswertung des ersten Quartals 87 und in Gegenüberstellung
mit dem ersten Quartal 1986 war zwar im Monat Januar 1986
ebenfalls eine starke Zunahme von Erstersuchen vorhanden,
was sich aber in den Monaten Februar, März nicht fortsetzte.

Entwicklungstendenzen (neue EO)

1986		1987	
Fälle	Personen	Fälle	Personen
Jan. 11	14	10	26
Feb. 4	9	11	24
Mär. 4	5	3	7
19	28	24	57

Diese hohe Zahl der neuen Ersuchen läßt sich insbesondere
auf verstärkte Besuchereisen von Verwandten in die DDR bzw.
Sonderreisen von Bürgern der DDR in die BRD und Berlin (W)
zu den Feiertagen zurückzuführen. So kehrten in 4 Fällen
die Ehepartner von einer Besuchereise nicht zurück. In
6 Fällen erfolgte vor dem Ersuchen eine Sonderreise nach
der BRD bzw. Berlin (W) und in 6 Fällen erfolgten Ein-
reisen von Verwandten und Bekannten zu den Ersuchern.

Im Vergleich zum IV. Quartal 1986 ist ebenfalls ein Anstieg
von Erstersuchen zu verzeichnen. In der statistischen Aus-
wertung der neuen Ersuchen läßt sich nachfolgende Tendenz

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

Erfolge sind dann zu verzeichnen, wenn eine gute Zusammenarbeit mit den Beauftragten der Betriebe, Einrichtungen und Institutionen vorhanden ist und wenn die Möglichkeit der Hilfe und Unterstützung besteht. Das läßt sich aber nicht grundsätzlich verallgemeinern, da in vielen Fällen auch mit der Klärung der angeblichen "Probleme", die Bürger nicht bereit waren, sich neu zu positionieren und von ihrem Ersuchen Abstand nehmen.

Das Vertrauensverhältnis der Bürger zum staatlichen Organ ist nach wie vor bei dem größten Teil als gut zu bewerten, da sie sich mit Problemen und Anfragen an unsere Abteilung wenden.

3.

3.1. Im Berichtszeitraum lassen sich nachfolgend dargestellte Motive, Begründungen und Argumente der Ersucher in Gegenüberstellung der Entwicklungstendenz zum Planjahr 1986 benennen.

	I/87	IV/86	III/86	II/86
1. negative Einstellung zur DDR	3	1	3	3
2. Familienzusammenführung	13	8	4	7
3. keine Reisefreiheit	7	2	11	3
4. Beabsicht. Eheschl. im Ausl.	3	0	0	5
5. Probleme mit dem ARV	0	1	2	4
6. Wohnungsprobleme	4	3	2	0
7. Religiöse Motive	1	0	2	1
8. Pflege der Verwandten	2	3	0	1
9. Abgelehnte Besuchereisen BRD/WB	3	2	1	2
10. Versorgungsprobl./Ablehnung Deli-Ex	1	6	9	2
11. WE-Probleme	0	0	0	0
12. keine Perspektive	9	3	10	0
13. OS von der BRD in ein anderes Land	1	0	2	-
14. Allgemeine Unzufriedenheit	5	3	5	-
15. findet in der DDR keinen Partner	-	1	-	-
16. mit Verurteilung § 213 StGB nicht einverstanden	1	-	-	-
17. berufen sich auf Völkerrecht	5	-	-	-

Daraus läßt sich ableiten, daß derzeit vorrangig die Pkt. 2 und 12 als Begründung herangezogen werden, wobei auch die Pkt. 14 und 17 beachtet werden müssen.

UNTERRICHTSSEQUENZ 4

M 4.11.3 Text:

Zur Arbeit des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres mit den Leitern der Betriebe und Einrichtungen der Stadt Magdeburg

Durch den Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres werden laufend die erforderlichen Einweisungen der Betriebsleiter in die Verfügung 34/77 vorgenommen. Damit werden gemeinsam mit dem Sektorenleiter für Staatsbürgerschaftsfragen konkrete Festlegungen zur Arbeit mit den rechtswidrigen Ersuchern und zum Informationsaustausch getroffen.

Am 8.12.1981 wurde eine Beratung mit Vertretern von 5 Großbetrieben durchgeführt. Diese diente der Auswertung positiver Erfahrungen in der Arbeit mit rechtswidrigen Ersuchern, der kritischen Wertung der durch die Betriebe geleisteten Arbeit und der Vermittlung aktueller Forderungen im Zusammenhang mit denen der Verfügung 34/77. Weitere Maßnahmen dieser Art sind geplant.

Am 5.12.1981 erfolgte zur Klärung aufgetretener Probleme zur genehmigten Übersiedlung B. mit dem Leiter der Abteilung Innere Angelegenheiten ein operativer Einsatz im VEB Stahlgießerei „Wilhelm Pieck“ Rothensee.

Am 10.11.1981 leitete Genosse Dr. Nothe gemeinsam mit den Genossen Sturm und Henke eine neue Etappe der Zusammenarbeit mit der SED-Stadtleitung Magdeburg ein. In der Beratung mit den Mitarbeitern für Sicherheitsfragen der Stadtleitung und der 4 Stadtbezirksleitungen, an der auch Genosse Borski von der Kreisdienststelle für Staatssicherheit teilnahm, wurden auf der Grundlage der Verfügung 34/77 und der erfolgten Aktualisierungen Festlegungen für eine verstärkte Aktivierung der Parteisekretäre zur Unterstützung der Zurückdrängung rechtswidriger Ersuchen und zur Vorfeldarbeit getroffen. Den Stadtbezirksleitungen wurden Aufstellungen der rechtswidrigen Ersucher übergeben, die in den Betrieben ihres Zuständigkeitsbereiches arbeiten...

Quelle: Stadtarchiv Magdeburg, VA 2942n, Quartalsanalyse IV/81 über Ausreiseersuchen

M 4.12 Arbeitsblatt:

Menschenhandel mit politischen Häftlingen in der DDR

Aufgabe:

Erläutern Sie den Umgang mit politischen Häftlingen in der DDR! Verwenden Sie dabei

1. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Artikel 13(2) 14(1) 15(2)
2. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte [Artikel 212(2)]
3. Schlussakte der KSZE von Helsinki
4. Verfassung der DDR Artikel 8
5. Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR § 9, § 10, § 11
6. Grundlagenregelung zwischen beiden deutschen Staaten Artikel 2

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

Fluchtwelle, Machtverfall der SED und Auflösung des MfS

Ziele der Unterrichtssequenz:

1. Die Schüler sind informiert über die Fluchtwelle in den Westen.
2. Die Schüler haben Kenntnis von den Demonstrationen in Leipzig, Berlin und besonders in Magdeburg und von der Rolle der Bürgerrechtsbewegung in dieser Zeit.
3. Die Schüler kennen die Gründe für die Auflösung des MfS.

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
<p>1. Die Fluchtwelle in den Westen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausreiseanträge - „Botschaftsflüchtlinge“ - Grenzöffnung in Ungarn - „Maueröffnung“ 	<p>M 5.1 Video: „Als die Mauer fiel“ (Ausschnitt)</p> <p>M 5.2 Text: Das Ende des MfS (kann als Zusammenfassung dienen)</p>	<p><i>Lehrervortrag</i> <i>Erstellen eines Diagrammes</i> zur Entwicklung der Anzahl von Flüchtlingen (Literaturrecherche) <i>Schülerreferate</i> über die Aufnahme in der Bundesrepublik und über den Neuanfang <i>Textarbeit mit Orientierungsfragen</i></p>
<p>2. Die friedliche Revolution in der DDR</p> <ul style="list-style-type: none"> - Friedensgebete und Gesprächsforen in den Kirchen - Demonstrationen - Gruppen der Bürgerbewegung 	<p>M 5.3 Zeitzeugenbericht vom 7.10.1989 in Magdeburg</p> <p>M 5.4 Bericht des MfS über das Montagsgebet am 16.10.89</p> <p>M 5.5 Bericht eines IM über die Demonstration am 23.10.89</p> <p>M 5.6 Forderungen auf den Versammlungen des „Neuen Forums“ im Oktober 1989</p>	<p><i>Cluster zum Thema ANGST erstellen</i></p> <p><i>Gruppenarbeit:</i> Diskussion über Möglichkeiten, ANGST zu überwinden</p>
<p>3. Die Auflösung des MfS</p>	<p>M 5.7 Plakat: Demonstration am 20.11.89 zur Kreisdienststelle des MfS (mit verlesenen Forderungen)</p> <p>M 5.8 Rätsel: Ausspruch Gorbatschows</p>	<p><i>Besuch im Dokumentationszentrum am Moritzplatz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Projektarbeit zu den Gründen für die Auflösung des MfS - Gespräch mit Zeitzeugen

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

Materialien im Überblick:

- M 5.1 Video: „Als die Mauer fiel – 50 Stunden, die die Welt veränderten“ von Hans-Hermann Hertle und Gunther Scholz, SFB-Dokument 1999 (90 Min.)
Dieser Film schildert detailgetreu die Ereignisse des 9. bis 11. November 1989, die zur Grenzöffnung führten. Da er aus kurzen Sequenzen zusammengesetzt ist, kann leicht ein geeigneter Ausschnitt als Einstieg in das Thema ausgewählt werden.
- M 5.2 Text: Das Ende des MfS
Dieser Text geht auf die Entwicklung in den letzten beiden Jahren der DDR ein. Er benennt Gründe für ihr Ende und damit auch für das Ende des MfS. Er kann als Zusammenfassung dienen.
Quelle: Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 87 ff
- M 5.3 Zeitzeugenbericht: Gedächtnisprotokoll vom 9.10.1989 über das Eingreifen der Polizei am 7.10.1989, dem 40. Jahrestag der DDR, in Magdeburg.
Die Polizei ging im Stadtzentrum von Magdeburg am 7.10.1989 brutal gegen Jugendliche vor, nachdem sie am 5.10. schon Teilnehmer eines Schweigemarsches im Bereich Breiter Weg/Leiterstraße eingekesselt hatte. Jugendliche wurden verhaftet. Kirchliche Mitarbeiter nahmen die Gedächtnisprotokolle über das Erlebte auf.
- M 5.4 Dokument: Der Bericht der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS an das MfS in Berlin vom 16.10.1989
Die Bezirksverwaltung des MfS Magdeburg berichtet in einem Fernschreiben an das Ministerium für Staatssicherheit über Gespräche der SED-Bezirksleitung mit kirchlichen Vertretern über die Durchführung der Montagsgebete und sich eventuell anschließender Demonstrationen. Ein Bestandteil des Berichtes ist die Absicherung des Gebetes am 16.10.1989.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 57, Bl. 52-54
- M 5.5 Dokument: Bericht der Kontaktperson „Ute“ an das MfS über das Gebet um gesellschaftliche Erneuerung am 23.10.1989 im Magdeburger Dom
Bei den „Kontaktpersonen“ handelt es sich um Personen, die dem MfS ähnlich wie Inoffizielle Mitarbeiter konspirativ berichteten.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 63, Bl. 109,110
- M 5.6 Dokument: Forderungen der Bevölkerung im Bezirk Magdeburg im Oktober 1989
Hierbei handelt es sich um einen Auszug aus dem elfseitigen Bericht des Leiters der BV Magdeburg Wilfried Müller an das MfS/Berlin und den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg Werner Eberlein vom 26.10.1989 unter der Überschrift „Das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen, insbesondere zur breiteren Formierung des ‚Neuen Forum‘ im Bezirk und damit in Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme“.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AKG Nr. 96, Bl. 30
- M 5.7 Plakat: Schweigemarsch zur Kreisdienststelle des MfS in Magdeburg am 20.11.2002
Die Forderungen zur Auflösung des MfS wurden vor der Kreisdienststelle in Anwesenheit der Demonstranten verlesen.
Quelle: „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit – Herbst '89 in Magdeburg“, Impulsverlag 1991, Bl. 209, 210, 213
- M 5.8 Rätsel: Ausspruch Gorbatschows

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

Materialanhang:

M 5.2 Text: Das Ende des MfS

In der Endphase des SED-Regimes wuchs die Unruhe in der Bevölkerung. Die ständig steigende Zahl von Personen, die ihre Ausreise in den Westen beantragten, wurde zum Kardinalproblem. Die zunehmenden privaten und offiziellen Kontakte durchlöchernten den Eisernen Vorhang...

Die inneren Schwierigkeiten führten Partei und Staatssicherheit auf die vom Westen verfolgte „imperialistische Globalstrategie“ zurück. Paradoxe Weise schienen sie also den politischen Auftrag des MfS noch zu bestätigen. Dies änderte sich mit dem Beginn der sowjetischen Reformpolitik unter Generalsekretär Michael Gorbatschow seit dem 27. Parteitag der KPdSU 1986. Dessen Anstoß zur freieren öffentlichen Debatte und sein kritischer Blick auf das hergebrachte System stellten die ideologische Legitimation der SED-Herrschaft und der Staatssicherheit in Frage. Die innere Opposition konnte sich auf die in Moskau gewährten Freiheiten berufen. Dies verunsicherte die MfS-Mitarbeiter, zum Beispiel als die SED im November 1988 ausgerechnet die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ verbot. Im April 1989 sprach sich Mielke aus Sorge vor dem sowjetischen Reformgeist sogar gegen ein Zusammentreffen von Vertretern der Parteiorganisationen des KGB und des MfS aus und machte dem stellvertretenden KGB-Chef Schebarschin schwere Vorwürfe.

Wenig später geriet die Lage in der DDR außer Kontrolle. Die Staats- und Parteiführung ignorierte die von Oppositionellen nachgewiesenen Fälschungen an den Ergebnissen der im Mai 1989 durchgeführten Kommunalwahlen. Die Abgeordneten der Volkskammer stimmten demonstrativ der brutalen Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens zu. Zugleich öffnete sich mit der faktischen Grenzöffnung in Ungarn für DDR-Bürger ein Schlupfloch im Eisernen Vorhang. Mielkes Ende August 1989 gestellte ahnungsvolle Frage, ob ein neuer „17. Juni“ drohe, wurde zwar von seinen Generälen unter Hinweis auf die eigenen Machtmittel verneint, aber es gelang der Staatssicherheit nicht, die Gründung des Neuen Forums als oppositionelle Sammlungsbewegung, der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) und weiterer oppositioneller Bürgerrechtsgruppen (Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Vereinigte Linke u. a.) zu verhindern, obwohl sie in den Initiatorenkreisen mit zahlreichen inoffiziellen Mitarbeitern vertreten war und im Falle der SPD mit dem inoffiziellen Mitarbeiter Manfred Ibrahim Böhme sogar den Geschäftsführer stellte.

In den bundesdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau sammelten sich in diesen Wochen Tausende von DDR-Bürgern, die in die Bundesrepublik ausreisen wollten. Am 30. September gab die DDR nach und ließ ihre Fahrt in den Westen zu.

Nachdem Polizei und MfS die Berliner Demonstration am Abend des 40. Jahrestages der DDR-Gründung, dem 07. Oktober 1989, noch auseinander getrieben hatten, schreckten die Befehlsträger zwei Tage später vor Gewalt zurück, als in Leipzig etwa 70.000 Menschen für Reformen in der DDR auf die Straßen gingen. Nach dem Sturz Honeckers am 18. Oktober unterwarf sich das Ministerium für Staatssicherheit, getreu seinem Verständnis als „Schild und Schwert der Partei“, dem von seinem Nachfolger Egon Krenz proklamierten Kurs des „Dialogs“ und der „Wende“, beschränkte sich auf defensive Maßnahmen und die Beobachtung der Demonstrationen.

Immer häufiger forderten Demonstranten die Auflösung der Staatssicherheit und drängten zu deren Gebäuden. Mielke befahl deshalb, Unterlagen auszulagern oder zu vernichten, die das Ausmaß der Überwachung hätten sichtbar werden lassen.

Unter dem Eindruck der Konfusion in der Partei- und Ministeriumsspitze kam im MfS starker Unmut auf. Mitarbeiter, die eine gewaltsame Niederschlagung der Demonstrationen offen gefordert hätten, blieben aber die Ausnahme. Am stärksten demoralisierte die Mitarbeiter der jämmerliche Auftritt Erich Mielkes vor der Volkskammer (deren Abgeordneter er seit 1950 war) am 13. November 1989. Wenige Tage zuvor war Mielke als Minister und Politbüromitglied zurückgetreten. Am 3. Dezember schloss ihn das SED-Zentralkomitee aus der Partei aus, am 7. Dezember 1989 wurde er schließlich verhaftet.

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

M 5.3 Zeitzeugenbericht:

Das Eingreifen der Polizei am 7.10.1989, dem 40. Jahrestag der DDR, in Magdeburg

Gedächtnisprotokoll

Am Sonnabend, den 7. Oktober, gegen 17.00 Uhr trat die Band „Sandow“ am Fahnenmonument auf. Da sie Musik mit etwas härterem Charakter spielt, gehörten auch Punks zu den Zuhörern und Zuschauern. Beim Tanzen zu dieser Musik bekam einer von ihnen einen Asthmaanfall. Er setzte sich an die Seite der Bühne und es wurde nach Sanitätern gerufen, die sich nur wenige Meter von diesem Platz entfernt auf der anderen Straßenseite befanden. Allerdings kam kein Sanitäter zu dem Punk. Ich versuchte, ihm etwas zu helfen. Ein Arzt, der auch zum Konzert kam, kümmerte sich dann um den Punk. „Sandow“ sagte von der Bühne herunter, daß sie nicht weiterspielen, bevor ein Sanitäter kommt. Doch statt eines Sanitäters kam ein Hauptmann der VP. Dieser sagte zu dem Punk, daß er nicht „30. Bier saufen“ sollte, um sinngemäß: „hier besoffen rumzuliegen.“ Der Hauptmann forderte den Punk auf, mit ihm zu kommen. Der Punk weigerte sich. Es stellten sich einige Punks vor den einen, damit er nicht mitgenommen werden konnte.

Außerdem konnte der Punk kaum stehen, da er sehr schwer Luft bekam. Dabei haben dann einige Punks den VP beschimpft, wobei es auch zu einer unbedeutenden Rangelei kam. Daraufhin muß der VP die Anweisung zum Einschreiten gegeben haben. Dann ging alles sehr schnell. Es war ganz plötzlich ein großes Polizeiaufgebot auf dem Platz und nahm einige Punks unter Schlägen mit und knüppelte sie auf einen LKW. Die Punks versuchten sich zu wehren und wollten vom LKW wieder runter. Daraufhin stiegen einige VP mit auf und schlugen die Punks mit Gummiknüppeln zurück. Aus der auf dem Platz stehenden Menschenmasse kamen immer wieder die Rufe: „wir bleiben hier“. Ein Punkmädchen durfte vom LKW wieder runter, weil sie schwanger ist. Dann fuhr der LKW los. Es standen überall Polizisten mit Gummiknüppeln und Hunden.

Magdeburg, den 9. 10. 1989

Quelle: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, „Herbst 1989 – Ein Damm bricht“, 1994

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

M 5.4 Der Bericht der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS an das MfS in Berlin vom 16.10.1989

EINGANG	chiffriert	TELEGRAMM <small>(Nichtzutreffendes streichen)</small>	offen	AUSGANG
Dringlichkeit: <u>Flugzeug</u>		Fu/FS-Nr.: _____		
Absender: <u>BV Magdeburg, Stellvertreter Operativ</u>				
Empfänger: <u>MfS Berlin, ZOS, ZAIG, HA XX/Leiter</u>				
<div style="text-align: right; margin-bottom: 5px;">Magdeburg den <u>16.10.89</u> 19__</div> <p>Unter Beachtung vorliegender Erkenntnisse zum Ablauf der bisherigen sogenannten Montagsgebete "Für gesellschaftliche Erneuerung in der DDR" im Magdeburger Dom und in Auswertung weiterer inoffizieller und offizieller Informationen zum Ablauf und zur inhaltlichen Gestaltung des Montagsgebetes am 16. 10. 1989 wurden zur vorbeugenden Verhinderung von Provokationen weitere Maßnahmen eingeleitet.</p> <p>Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, Genosse Eberlein, führte am 15. 10. 1989 mit [REDACTED] der Kirchenprovinz Sachsen, [REDACTED], zur weiteren Festigung der Position des Staat-Kirche-Verhältnisses vom 6. März 1978 unter Berücksichtigung der aktuellen Situation ein Gespräch, um eine Einflußnahme von [REDACTED] zur Beruhigung der Lage zu erreichen.</p> <p>Genosse Eberlein erläuterte gegenüber [REDACTED] die Grundtendenzen der Politbüroerklärung, allen die Hand zum Dialog zu reichen für gemeinsame Veränderungen unter Beachtung der Bedingungen von Raum und Zeit. Ruhe und Ordnung seien äußere Bedingungen für den Prozeß der Lösung unserer Probleme. Der Dialog soll mit allen geführt werden, auch Unterzeichnern des "Neuen Forum", wenn sie ein ernsthaftes Interesse an positiven Veränderungen auf sozialistischen Grundlagen haben. Mit den bekannten Verleumdern des Sozialismus wird kein Dialog geführt. Genosse Eberlein wies dabei insbesondere auf die üble Verleumderrolle von [REDACTED] bei seinem Auftreten am 14. 10. 1989 vor der ESG in Magdeburg hin. Weiterhin verwies Genosse Eberlein darauf, daß unter dem Dach der Kirche einige diese gereichte Hand ausschlagen und Forderungen erheben, denen die Staats- und Parteiführung nicht folgen kann.</p>				
Durchschläge/Durchschriften: _____ Stck. Geschrieben: _____ Gesehen: <u>Fischhaber</u> <u>Oberst</u>				
Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____				

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

BSU

000053

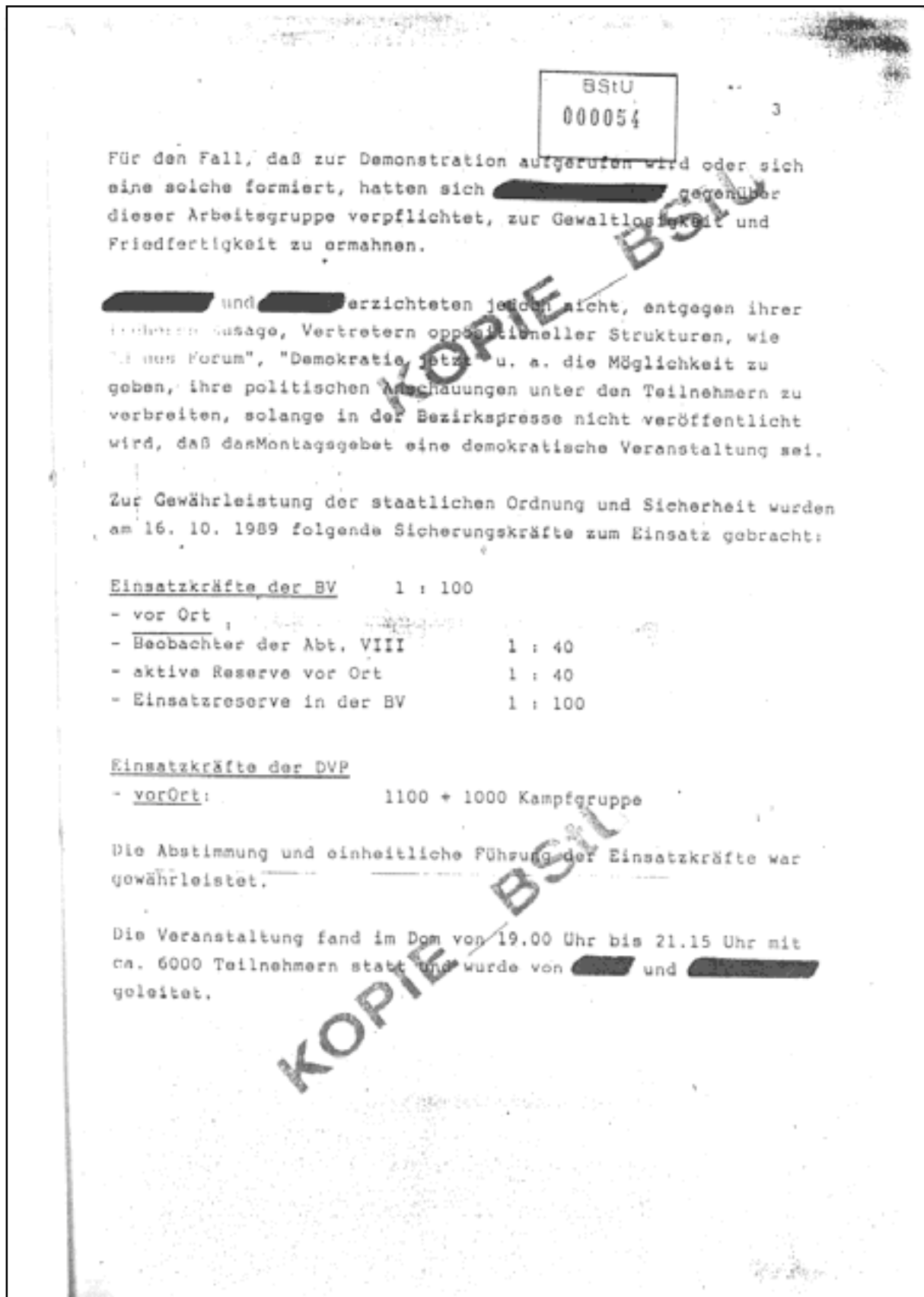
2

[REDACTED] vertrat in dem Gespräch die Position, daß auf die Kirchen in der DDR schon länger nicht gehört wird. Es wäre günstiger, wenn die, die demonstrieren wollen, eine staatlich zugesicherte "Demo-Stecke" erhalten würden. Dr. Denke glaube nicht an eine weitere Eskalation von Provokationen, da in der Mehrzahl Kräfte zusammen kommen, die einen echten Dialog wollen. Er verdeutlichte seine weitere Gesprächsbereitschaft und sagte seinen Einfluß zur Vermeidung von Eskalationen zu. Gleichzeitig vertrat [REDACTED] die Auffassung, nachhaltig die Ursachen und die Verursacher der Fehlentwicklung in der DDR offen zu benennen (Medienpolitik).

Genosse Eberlein informierte [REDACTED] darüber, daß das Einverständnis des Staatsratsvorsitzenden, Genossen Honecker, vorliegt, wenn [REDACTED] zu dem vorgesehenen gemeinsamen Gespräch den Wunsch äußert, daß [REDACTED] ihn zu diesem Gespräch begleitet.

Im Ergebnis des Gesprächs schätzte Genosse Eberlein ein, daß einerseits die weitere Gesprächsbereitschaft seitens des [REDACTED] vorliegt, bei diesem aber gegenüber vorangegangenen Gesprächen ein Rückgang seiner Aufgeschlossenheit erkennbar war, der [REDACTED] in seinem Auftreten kühler und fordernder war.

Zur kirchlichen Verantwortungsnahme für das Montagsgebet wurde eine kirchliche Arbeitsgruppe gebildet. Diese Arbeitsgruppe gehören die Ältesten des Gemeindekirchenrates und Mitarbeiter des Dombüro's sowie des Konsistoriums an. In mehreren Einflußgesprächen über Schlüsselpositionen mit dieser Arbeitsgruppe und [REDACTED] wurde durch die genannten kirchlichen Vertreter die Zusage gegeben, die Teilnehmer nicht zu einer Demonstration aufzurufen. Es wurde erneut auf das Angebot des Staates zum schnellen Abtransport der Teilnehmer durch Sonderzüge der Straßenbahn orientiert.



UNTERRICHTSSEQUENZ 5

M 5.5 Bericht der Kontaktperson „Ute“ an das MfS über das Gebet um gesellschaftliche Erneuerung am 23.10.1989 im Magdeburger Dom

Bezirkskoordinierungsgruppe	Magdeburg, 25. Oktober 1989
	BSU 000109
<u>Quelle:</u> KP "Ute"	Die Bundesbeauftragte für die Verfolgten des Deutschen Nationalsozialismus in der DDR Deutscher Volksrat - ASi, Magdeburg -
<u>Angenommen:</u> Hptm. Straßenreuter (mündlich von der KP)	
<u>Am:</u> 24. 10. 1989	

KOPIE BSU

Bericht zum Gebet zur "Erneuerung unserer Gesellschaft"
im Dom vom 23. 10. 1989

Das Gebet dauerte von 19.00 bis ca. 20.30 Uhr. Im Dom waren nach Schätzung der KP ca. 10 000 Personen.

Durch Pfarrer Quast und Pastorin Zachuber wurden kurze Ansprachen gehalten. In diesen ging es hauptsächlich um den Einsatz des Genossen Krenz als neuen Generalsekretär und der zu erwartenden Wahl von ihm zum Stateratsvorsitzenden.

Der Einsatz des Genossen Krenz wurde dabei mit Skepsis betrachtet, da er bisher mit zur "Alten Garde" gehörte und deren Linie mit gefahren ist. Quast forderte aber auch auf, ihm eine Chance zu geben, da er auf Reformen hofft. In diesem Zusammenhang wurden nochmals alle Aste aufgefordert, ihren Standpunkt noch einmal zu durchdenken, zumindest für die nächste Zeit.

Quast erläuterte noch, daß man für diesen Tag die Möglichkeit einer Demonstration vom Rat der Stadt erhalten hat. Er gab die Streckenführung bekannt und forderte zur Besonnenheit auf. Außerdem wurden im Dom Kerzen bereitgestellt, die jeder zur Demonstration mitführen könne.

Nach Quast und Zachuber meldeten sich verschiedene Personen zu Wort und brachten folgendes zum Ausdruck:

- Eine männliche Person äußerte seinen Mißfallen über eine sogenannte totale politische Wende einiger Politiker zum Ausdruck. Seiner Meinung nach dürfe man diesen Politikern jetzt erst recht nicht vertrauen, da es sich dabei um die (z. B. Hager, Tisch) handele, die vorher ganz hart die alte Linie vertreten haben.
- Eine Schülerin einer EOS erzählte, daß sie in der Schule aufgefordert wurden, nicht zum Dom zu gehen. Aber in der Schule erhalten die Schüler keine Antworten auf ihre Fragen. Der Direktor der Schule soll gesagt haben, Schüler, die zum Dom gehen, haben in der EOS nichts zu suchen.
- Eine Frau sprach sich für die geplante Demonstration, da es immer noch privilegierte Schichten gibt, die in gesonderten Läden alles zu Billigpreisen erhalten.

KOPIE BSU

Kopie BSU
AR 8

Die Bundeszentrale für politische Bildung
Überlegen Sie, die Bundeszentrale für politische Bildung
Magdeburg, 1.11.1989
AKG Magdeburg

BSiU
000110

2

- Zwei Handwerker einer PGH übergaben Quast ein großes Blumengebinde als Dank dafür, daß er ihnen die Angst vor der offenen Meinungsäußerung genommen hat. Sie versprechen, ab jetzt im "Neuen Forum" aktiv mitzuwirken. Die Handwerker teilten grüne Bändchen für die Demonstration aus. Sie sagten dazu, "Grün" sei jetzt die Farbe und nicht mehr "Rot".

Weitere Bürger diskutierten über die Notwendigkeit von Demonstrationen für Veränderungen. Nach einer Amnestie für alle "politischen Gefangenen". In diesem Zusammenhang wurde eine Sammlung veranstaltet. Das Geld soll für die an den Strafen oder OSV erhalten haben.

Zur Darstellung von Problemen (mit VP o. ä.) wurde eine Kontaktadresse im Dom aufgehängt.

Anschließend begann die Demonstration. Nach Schätzung der KP nahmen ca. 15 000 Bürger teil.

Der KP sind vor dem Reisebüro zwei Männer mit einer Videokamera aufgefallen. Sie sollen ca. 40 Jahre alt sein und sehr sportlich und modern gekleidet gewesen sein. Der eine von diesen soll auf einem Papierkorb stehend die Demonstration gefilmt haben.

Der KP waren folgende Teilnehmer bekannt:

wh.: Magdeburg, [REDACTED]

und [REDACTED]

wh.: Magdeburg, [REDACTED]

Die beiden genannten Personen arbeiten im Jugendtouristhotel in der Leiterrstraße.

Weiterhin berichtete die KP, daß der [REDACTED]

(weitere Angaben siehe Bericht vom 29. 9. 1989)

sein Visa für die VR Bulgarien nicht erhalten hat. Er hat am 1. 11. 1989 gekündigt und gleich ein neues Visa beantragt. Er will nun unbedingt die DDR ungesetzlich verlassen. Auch seine Schwägerin will das tun. Er soll unter den Kolonnen schon darüber sprechen. Möbel hat er auch schon verkauft. Sie es gekloppt hat, will er für 6 Stunden in der Genüßeverkaufsstelle [REDACTED] arbeiten.

Verteiler
1. Stellv.
KD Magdeburg, Ref. 2
Abteilung XX
AKG
BKG

[Signature]
Strößenreuter
Hauptmann

Kopie BSiU
AR 8

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

M 5.6 Forderungen der Bevölkerung im Bezirk Magdeburg im Oktober 1989

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Bundeskriminalamt
Postfach 10 15 53
53003 Bonn

BSU
000030

4

Einige Forderungen zielen ab auf die Gewinnung weiterer spezifischer Berufsgruppen für das "Neue Forum".

So wird u. a. gefordert:

- "Vergrößerung des persönlichen Spielraumes für Pädagogen und Wegfall der vom Staat auferlegten Dogmen in der Kindererziehung".
- "Veränderung in der Steuergesetzgebung und Förderung von Privatinitiative, insbesondere für Handwerker und freiberuflich Tätige".

Gesäuert wurde die Absicht, künftig auch aus Einwohnerversammlungen auftreten zu wollen und Zusammenkünfte in Gaststätten durchzuführen. Durch Aufnahme von Kontakten zu Bürgermeistern sollen entsprechende Räumlichkeiten gemietet und sachkundige Gesprächspartner gewonnen werden.

Bei Veranstaltungen des "Neuen Forum" im Bezirk wurden von Tschiche und anderen Führungskräften u. a. folgende Forderungen erhoben:

- Abschaffung des Alleinvertretungsanspruches der SED,
- Abbau der Machtverhältnisse der SED,
- Abschaffung der Nationalen Front,
- Forderung nach einem neuen Wahlgesetz,
- Forderung nach einer neuen Demokratie,
- Forderung nach Pressefreiheit ohne Zensur,
- Forderung nach mehr Eigenständigkeit der Blockparteien, herausgelöst aus dem Bündnis der Nationalen Front,
- konkrete Vorstellungen nach Ablauf der Wahl, wie Benutzung der Wahlkabine,
- Möglichkeit der eigenen Kandidatenaufstellung,
- Mehrparteiensystem über die bisherigen Parteien hinaus,
- Abschaffung der Kampfgruppen
- Forderung nach einer Volksentscheid, der darüber befinden soll, wer das "Sagen" in diesem Lande hat,
- harte Kritik an Privilegien von Staatsmännern und "Führern" in diesem Land,
- Forderung nach Demonstrationsfreiheit, aber Ablehnung von einigen Forderungen des Streikrechtes in der DDR,

Kopie BSU
Ak 8

Quelle: Auszug aus dem Bericht des Leiters der BV Magdeburg, Wilfried Müller an das MfS/Berlin und den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg Werner Eberlein vom 26.10.1989
„Das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen, insbesondere zur breiteren Formierung des „Neuen Forum“ im Bezirk und damit in Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme“, BStU, ASt. Magdeburg, AKG Nr. 96, Bl. 30

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

M 5.7 Schweigemarsch zur Kreisdienststelle des MfS in Magdeburg am 20.11.2002

Forderungen an das Ministerium für Staatssicherheit

1. Warum gibt es keine offizielle Erklärung zur Auflösung des MfS?
2. Wir fordern die Offenlegung der Strukturen
3. der Finanzierung
4. der Personalstärke (Angehörige und „Mitarbeiter“)
5. der Aktivitäten
6. eine Rechenschaftslegung der Verantwortlichen in der Öffentlichkeit
7. die gerichtliche Klärung der Übergriffe durch Angehörige des MfS
8. die Offenlegung der Aktivitäten gegen „Andersdenkende“ und der durchgeführten repressiven Maßnahmen
9. die Veröffentlichung der Maßnahmen zur Auflösung des MfS
10. Maßnahmen zur Sicherung von Beweismaterial
11. eine Erklärung zu den Kontakten zwischen MfS und Verfassungsschutz der BRD



12. die Übergabe von Objekten des MfS an die Bevölkerung bzw. Betriebe und öffentliche Einrichtungen
Wir erwarten die Bereitstellung zweier Häuser in zentraler Lage:
 - ein Haus für Demokratiegruppen
 - ein Haus für den Rat der Stadt für Bürgergespräche
13. Die Herausgabe der persönlichen Akten auf Verlangen der Bürger
14. Welche Aufgaben hat das neugebildete Amt für Nationale Sicherheit?

Wir fordern eine Diskussion über die Aufgaben dieses Amtes durch die Öffentlichkeit und die Kontrolle durch unabhängige Gruppen/Parlament.

Demokratischer Aufbruch, Neues Forum, Beratergruppe Dom
Magdeburg, den 20.11.89

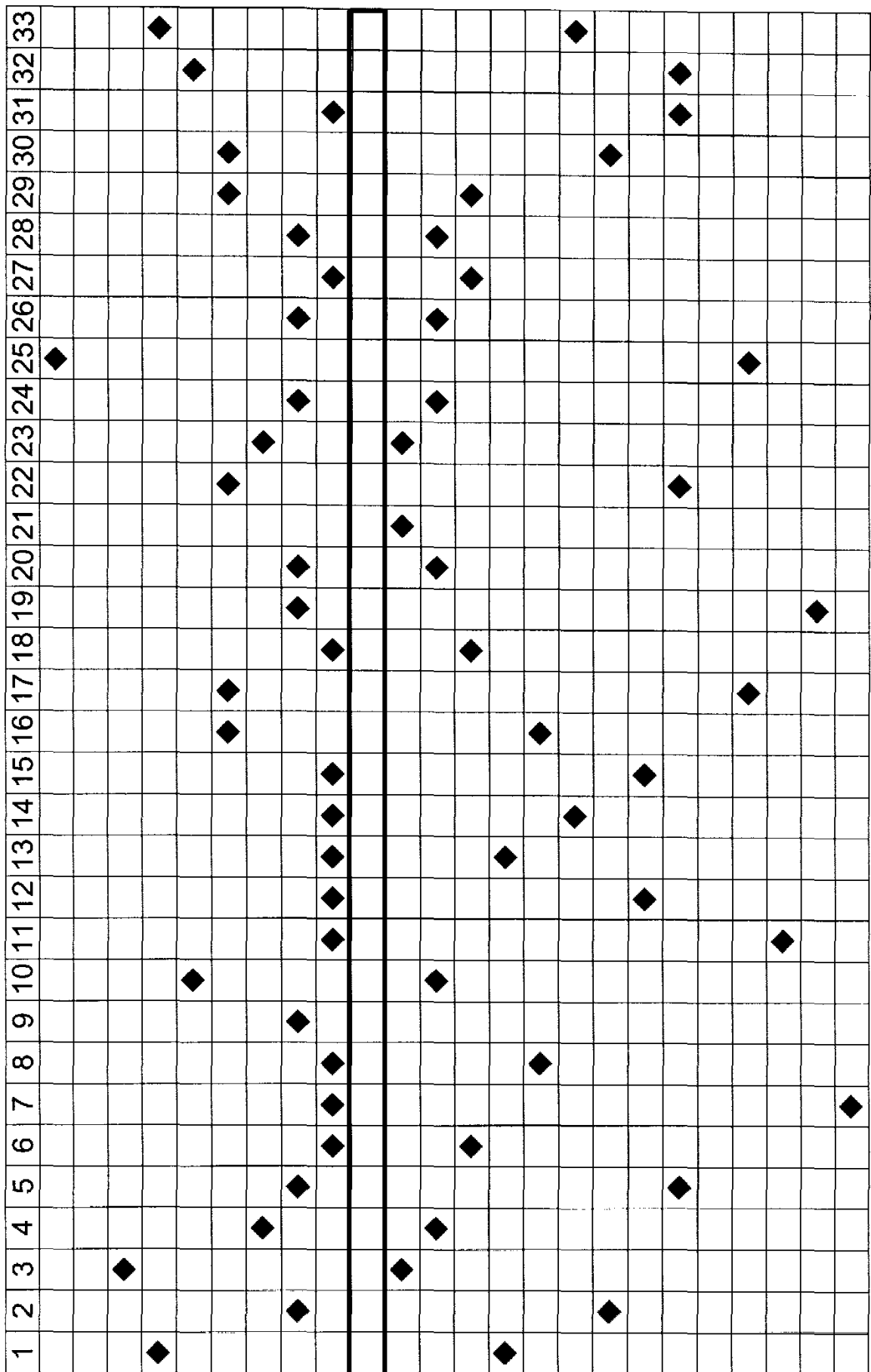
Quelle: „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit – Herbst '89 in Magdeburg“, Impulsverlag 1991, Bl. 209, 210, 213

UNTERRICHTSSEQUENZ 5

M 5.6: Rätsel

[illegible]

UNTERRICHTSSEQUENZ 5



UNTERRICHTSSEQUENZ 5

Die Lösungsworte im umrandeten Feld ergeben einen historischen Ausspruch von Gorbatschow aus dem Jahr 1989.

1. Gründungsmitglied der SED
2. Am 17. Juni 1953 in Magdeburg hingerichteter Bürger
3. Einer der ersten Mauertoten in Berlin
4. Abkürzung: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
5. Haftmethode des MfS
6. Partei der DDR
7. Erscheinungsform des Sozialismus in der CSSR
8. Teil des Staatseblems der DDR
9. Machtinstrument der Partei
10. Name des Ministers für Staatssicherheit, welcher am längsten das Amt inne hatte
11. Anderes Wort für Überwachung
12. Historisches Ereignis am 13. August 1961
13. Ein in die Erde verlegter explodierender Gegenstand
14. Unterirdisch verlegter Weg in die Freiheit
15. Gegenteil von Demokratie
16. Nachfolger von Walter Ulbricht
17. Im Sprachgebrauch der DDR: Flüchtlinge, die die Grenze überwinden wollten
18. Kurzbezeichnung der Bundesrepublik Deutschland
19. Bezeichnung für die Flucht aus der DDR
20. Vormilitärische Organisation der Jugend in der DDR
21. Bestrafung von Häftlingen
22. Diskriminierung von Menschen
23. Was heißt UHA?
24. Abkürzung: Ministerium für Staatssicherheit
25. Methode von DDR-Bürgern, um ihre Ausreise durchzusetzen
26. Einzige Jugendorganisation der DDR
27. Nachrichtendienst der DDR
28. Bezeichnung für das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet
29. Fluchtgerät in der Luft
30. Im Volksmund benutzter Name für das Stasigefängnis in Halle
31. Name des Pfarrers, welcher sich 1976 aus Protest mit Benzin übergoss und verbrannte
32. Befehl an Grenzsoldaten, um Flüchtlinge an der Flucht zu hindern
33. Ideologische Ausrichtung des Kommunismus, die nach Stalin benannt wurde

Weiterführende Anregungen:

1. Film: „Chronik der Wende“ des ORB (Teil 1: 180 Min. in 2 Kassetten, ISBN 3-934102-05-0, Teil 2: 180 Min. in 2 Kassetten, ISBN 3-934102-06-9)
Dieser Film schildert die Ereignisse des Herbstes 1989, die zu den politischen Veränderungen und der Maueröffnung mit ihren Folgen führten.

Literatur:

1. Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, „Herbst 1989 – Ein Damm bricht“, 1994
2. Jürgen Vogel, Roland Pechmann „Abgesang der Stasi“, Steinweg-Verlag Braunschweig, 1991
3. Jürgen Vogel, „Magdeburg Kroatenweg“, Steinweg-/Impulsverlag, 1991 (erhältlich über Bürgerkomitee)
4. „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit – Herbst '89 in Magdeburg“, Impulsverlag, 1991
5. Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, „Was im Herbst begann“, 1994
6. Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, „Die Auflösung des MfS – Die Arbeit der Bürgerkomitees in den Bezirken 1989/90“, 1998
7. Jörg Hellmuth, Gerhard Miesterfeld, „Herbst 89 – Erinnerungen an eine bewegte Zeit – Ein Wendelesebuch aus dem Landkreis Stendal“, Landeszentrale für politische Bildung, 2000

PROJEKTBAUSTEINE

Die Schüler haben Geschichtskenntnisse über die Zeit von 1945 bis 1990 in Deutschland erworben. Geschichtsdaten, historische Zusammenhänge und Entwicklungen in der SBZ und DDR wurden vermittelt. Eine Schülerbefragung nach interessierenden Fragen zum MfS wurde durchgeführt. Ein Projekttag kann anschaulich vor Ort im Gedenkkomplex Moritzplatz Magdeburg und/oder in der Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Magdeburg die Arbeit des MfS und seine Hinterlassenschaft den Schülern und Schülerinnen aufzeigen.

Empfehlung:

Als Einstieg kann ein Zeitzeugenbericht gewählt werden. Das Ziel sollte sein, die Schüler neugierig zu machen auf die tatsächliche Situation am Moritzplatz oder im Archiv.

Vor dem Besuch der Einrichtungen werden die Schüler mit Arbeitsaufträgen ausgestattet, deren Ergebnisse während oder nach dem Besuch ausgewertet werden können.

Baustein 1:

Besuch in der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

Zeit: mindestens zwei Zeitstunden

Vorbereitung: Anmeldung und Absprache von inhaltlichen Schwerpunkten
Bereitstellung von Arbeitsmaterial, wie Bücher, Textvorgaben, Zeitungskopien, Musterakten u. a. in Absprache mit der Außenstelle

- a) Rundgang durch die Behörde und das Archiv mit Erläuterungen durch Mitarbeiter der Behörde

Mögliche Schwerpunkte:

- Wie entstand das Archiv und welchem Zweck diente es?
- Wie wurde das Archiv bei der Auflösung des MfS gerettet?
- Wann wurde die Behörde der Bundesbeauftragten eingerichtet und wer ist Joachim Gauck?
- Wer ist der Leiter der Behörde?
- Welche Ziele und Inhalte hat das Stasi-Unterlagengesetz?
- Welche Aufgaben hat die Außenstelle?

- b) Arbeit in Gruppen:

Einstieg:

„Ein spezielles Organ der Diktatur des Proletariats“

„Schild und Schwert der Partei“ – so nannte sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Die Partei das war die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die in der DDR ein diktatorisches Machtmonopol errichtet hatte und es niemals wagte, sich freien Wahlen durch die Bevölkerung zu stellen. Die „Staatssicherheit“, wie sie kurz genannt wurde, war der „erschreckendste und zugleich groteskeste Teil“ des Herrschaftsapparates der SED und damit ein Eckpfeiler des Staates der DDR.

Quelle: Ch. Kleßmann, Zeitgeschichte in Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, Essen 1998, S. 39

Formulieren Sie die Kernaussage dieses Textausschnittes!

Gruppen zu folgenden Themen:

- Gründung und Geschichte des MfS
- Die Struktur der Bezirksverwaltung und die Aufgaben der einzelnen Abteilungen
- Die Arbeit des MfS mit Inoffiziellen Mitarbeitern (M 6.1, M 6.2)
- Die Arbeit des MfS mit anderen operativen Mitteln
- Die Folgen der Arbeit des MfS: Observierung, Verhaftung und Verurteilung
- Video: Konspirative Durchsuchung der Wohnung einer observierten Person und anschließende Festnahme



PROJEKTBAUSTEINE

Baustein 2:

Besuch im Gedenkkomplex Magdeburg Moritzplatz der ehemaligen Untersuchungsanstalt des MfS

Zeit: mindestens ein bis zwei Zeitstunden

Vorbereitung: Anmeldung und Absprache von inhaltlichen Schwerpunkten

- a) Führung durch das Dokumentationszentrum mit Erläuterungen zu den Machtstrukturen in der DDR, der Einbindung des MfS in diese und den politischen Gründen, die zu einer Verfolgung von einzelnen Menschen oder Gruppen führen konnten

Erläuterungen in den Ausstellungsräumen:

- Strukturen des Machtapparates der DDR und die Zusammenarbeit zwischen SED, MfS und anderen staatlichen Organen
- Die Sicherung der Staatsgrenze DDR-Bundesrepublik (u. a. Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Magdeburg/Rates der Stadt Magdeburg)
- Die Bezirksverwaltung Magdeburg der Staatssicherheit und ihre Auflösung
- Die Arbeitsweise und Struktur des MfS, hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter, Besoldung, Verantwortung der SED als führende Partei in der DDR
- Ein Vernehmerraum der ehemaligen Untersuchungsanstalt des MfS
- Mittel und Methoden der Überwachung, wie Telefonkontrolle, Postkontrolle, konspirative Wohnungsdurchsuchung, Geruchspuren, Arbeitsweise der Abteilung Beobachtung und Ermittlung
- das Bildungssystem der DDR, jugendliche inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, Gründe für eine Zusammenarbeit mit dem MfS, Disziplinierung im Jugendwerkhof Torgau
- die Demonstrationen und Veränderungen im Herbst 1989, die Arbeit des Bürgerkomitees in Magdeburg

- b) Führung durch die Gedenkstätte, den ehemaligen Zellentrakt des Untersuchungsgefängnisses mit Erläuterungen zu Haft, Verurteilung und Folgen für die Betroffenen



- Erläuterungen zur Untersuchungshaft des MfS
- Arbeitsweise des MfS vor und bei Verhaftungen
- Gründe für eine Inhaftierung
- Haftbedingungen im Wandel der Zeit
- Vernehmungen und Vernehmertaktiken
- psychologische Zersetzungsmethoden/„Operative Psychologie“
- Geständnisproduktion
- Ungleichgewicht zwischen Anklage und Verteidigung

Nachbereitung:

Die Schüler stellen ihre Eindrücke und Erlebnisse in einem Bericht, eventuell mit Bildmaterial (Fotoapparat/Videokamera zum Projekttag nicht vergessen!) zusammen. Die Besprechung und Auswertung des schriftlichen Berichtes kann mit dem Ziel der Veröffentlichung in der Schule als Aushang bzw. Pressebericht erfolgen.

Baustein 3:

Projektarbeit im Dokumentationszentrum am Moritzplatz zu verschiedenen Themen

Die Gestaltung der Projekttag bzw. -wochen kann individuell abgesprochen werden, d. h. die Themen sowie auch der Ablauf werden nach den Vorstellungen der Besuchergruppe geplant. Die Wünsche müssen vor Beginn des Projekttag bei den Mitarbeitern des Dokumentationszentrums geäußert werden, damit eine gute Vorbereitung möglich ist. Während des Projektes ist eine Betreuung, fachliche Anleitung sowie die organisatorische Absicherung in den Räumen des Dokumentationszentrums gewährleistet. Zeitzeugen können nach Absprache vermittelt und einbezogen werden.

PROJEKTBAUSTEINE

Folgende Themen werden angeboten:

- Post- und Telefonkontrolle am Beispiel des Prozesses gegen Generalmajor Müller und die zuständigen Abteilungsleiter für Post- und Telefonkontrolle (Abt. M und 26) der Bezirksverwaltung von Magdeburg (Zur Verfügung stehen die gesetzlichen Grundlagen, die Aussagen während des Prozesses, Material über die Zusammenarbeit der operativen Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung von Magdeburg bei der Post- und Telefonkontrolle der Bevölkerung von Magdeburg.)
- „Das Leben ist hier wirklich zum Kotzen“ – Der Operative Vorgang „Täuscher“ (1979–1983 in Magdeburg)
Hierbei handelt es sich um ein Beispiel dafür, welche Folgen die Postkontrolle durch das MfS haben konnte. Die betreffende Person hatte einen DDR-kritischen Brief an einen Onkel in der Bundesrepublik geschrieben, welcher abgefangen wurde. Anschließend wurden er, seine Frau und seine Freunde umfassend observiert, einschließlich der Beobachtung durch IM, der Verfolgung durch hauptamtliche Mitarbeiter des MfS auf der Straße, der Kontrolle des öffentlichen Briefkastens sowie einer konspirativen Hausdurchsuchung mit dem Ziel, eine Schriftprobe zu beschaffen. Ziel war es, ihn der „staatsfeindlichen Hetze“ überführen und verhaften zu können. Es gelang dem MfS nicht, genügend Beweise zu beschaffen und der Vorgang wurde 1983 eingestellt. Der Betroffene hat dem Dokumentationszentrum seine Unterlagen für Projekttag zur Verfügung gestellt und steht auch für Gespräche zur Verfügung.
- Beobachtung der Jugend durch SED und Staatssicherheit, wie z. B. die Bearbeitung von Punks und Skins, Erscheinungsformen „gesellschaftswidrigen Auftretens“ und Verhaltens „negativ-dekadenter“ Jugendlicher, Werbung zur inoffiziellen Mitarbeit für die Staatssicherheit
- Die Arbeit oppositioneller Gruppen in Magdeburg (Friedensarbeitskreis, Ökologische Arbeitsgruppe, „Frauen für den Frieden“, Kirche von unten, Solidarische Kirche etc.), M 6.3
- Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze im Gebiet Sachsen-Anhalt 1952 und 1962
Blitzartig und buchstäblich über Nacht liefen die Aktionen ab. 1952 und 1961 sowie in mehreren Einzelaktionen dazwischen (bis Ende der achtziger Jahre) wurden Menschen aus dem grenznahen Gebiet ausgesiedelt. Frauen, Kinder, Greise und Kriegsbeschädigte wurden durch die Aktionen erfasst. Sie wurden enteignet und viele Jahre in verschiedenster Form diskriminiert. Aufgezeigt werden die gesetzlichen Bestimmungen und Einzelschicksale von Betroffenen.
- Zeitzeugenbefragung mittels der vorhandenen Videotechnik: Die Teilnehmer dieses Projektes haben die Möglichkeit, Zeitzeugen zu befragen. Das sind in der Regel Menschen, deren Leben durch das MfS beeinträchtigt wurde. Durch die aktive Rolle bei der Befragung erhalten die Schüler die Möglichkeit, lebendig einen Teil der deutschen Geschichte zu erfahren. Die Aufzeichnungen der Interviews können mit Videotechnik oder in Form einer Niederschrift als Broschüre herausgegeben werden.
- Gespräch mit der LStU über die Möglichkeiten der Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS in Sachsen-Anhalt (Rehabilitierung, Überprüfung des Öffentlichen Dienstes etc.)

Durchführung von Seminaren (ggf. mit Videovorführung):

Dieses Angebot richtet sich an Gruppen, die an einer intensiven Auseinandersetzung mit spezifischen Themen interessiert sind.

Das Seminar besteht aus einer schwerpunktorientierten Führung und einer anschließenden Diskussion mit dem Fachreferenten zur Vertiefung einzelner Fragen. Die Seminarteilnehmer haben die Möglichkeit, Informationsmaterialien (Film, Video, Literatur, ausgewählte Archivadokumente) im Rahmen der Veranstaltung zu nutzen.

PROJEKTBAUSTEINE

Baustein 4:

Projektarbeit in der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz zu verschiedenen Themen

Zeit: nach vorheriger Absprache

Vorbereitung: ergibt sich durch die Absprachen

Seminare (ggf. mit Videovorführung) zu folgenden Themen:

1. Dimensionen politischer Haft und Haftbedingungen 1945–1989
(Auf der Grundlage von Forschungsergebnissen des Hannah-Arendt-Instituts Dresden und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen)
2. Gesundheitliche Haftfolgen
Psychische Haftschäden nach Zersetzungsmethoden des MfS
3. Verdeckte Enteignungen in der DDR am Beispiel der „Aktion Rose“ an der Ostseeküste im Jahr 1952
4. Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 unter besonderer Beachtung der Ereignisse in Magdeburg
5. Vorstellung von Justizunrecht am Beispiel
 - eines vollstrecktes Todesurteils eines Magdeburgers anlässlich des 17. Juni 1953
 - eines Urteils wegen „Staatsgefährdender Hetze“ anlässlich der Zwangskollektivierung 1960
 - eines Urteils in den 70er Jahren für eine Tat, die nie begangen wurde
 - eines Urteils wegen „Versuchter Republikflucht und Terror“
 - wegen eines Fluchtversuches an der Grenzübergangsstelle Marienborn
6. Steuerung der Justiz in der DDR
7. Die Rolle der Opfer nach der Diktatur
 - Spannungsfeld zwischen persönlicher Erinnerung und gesellschaftlicher Verdrängung
 - Reden oder schweigen?
 - Vom Umgang zwischen Opfern und Tätern

Aus dem gesamten Bildungsangebot können sich Lehrkräfte und Schüler ihr Projekt zusammenstellen. Die Organisation und fachliche Begleitung während des Projektes ist abgesichert. Die Vermittlung und Moderation von Gesprächsrunden mit Zeitzeugen ist möglich.

Baustein 5:

Projektarbeit in der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten

Zu verschiedenen Themen (vgl. Bausteine 3 und 4) können Musterakten bereitgestellt werden.



PROJEKTBAUSTEINE

Materialanhang:

28/84

BV Magdeburg
KD Osterburg

BStU
000067

Osterburg, den 25.09.84

Gestatten Sie mir, Ihnen aus Anlaß des 35. Jahrestages der DDR im Namen der Leitung der KD Osterburg Dank und Anerkennung für Ihre treue und ehrliche Zusammenarbeit mit dem Organ des MfS auszusprechen.

Durch Ihr Wirken haben Sie einen bedeutsamen Beitrag zur Festigung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR geleistet.

Mit Ihrer Arbeit an der geheimen Front sind Sie unmittelbar an den Erfolgen der Organe der Staatssicherheit beteiligt.

Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen auf Grund Ihrer guten Zusammenarbeit mit dem MfS als Anerkennung für Ihre gezeigten Leistungen, für treue und gewissenhafte Pflichterfüllung eine Prämie von

150,- Mark

zu überreichen.

Wir wünschen Ihnen für Ihr weiteres Leben Gesundheit, Schaffenskraft sowie Erfolg und erwarten von Ihnen, daß Sie uns auch weiterhin im Kampf gegen die Angriffe des Klassenfeindes an der geheimen Front aktiv unterstützen.

Kennziffer genommen
[REDACTED]

Leiter der KD
Schwarzlose, CSL

Bestätigung:
Der FIM „Peler“ Reg.-Nr. M 3507/61 a. Lielt am 25.9.84 anlässlich des 35. Jahrestag der DDR eine Prämie in Höhe von 150,- (einhundertfünfzig) Guldenkonto 6000
bestätigt: Loh. do. 60
Schwarzlose
CSL

Prof. Ullr. 10.10.84

- M 6.1 Ein Beispiel für die Belohnung inoffizieller Berichterstattung durch die Zahlung von Geld 1984 in Osterburg
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, KD Osterburg, Reg.-Nr. VII 3507/61, Teil III, Band 2, Bl. 67

PROJEKTBAUSTEINE

72

Kreisdienststelle Staßfurt Staßfurt, den 5. 9. 1979

Bericht zur Abschreibung des IMS "Marika Beyrich"
Reg.-Nr. VII 467/74

Der IM wurde durch die KD Wernigerode geworben und später, nach Aufnahme des Studiums des IM [REDACTED] an die Abt. XX übergeben.

Der IM brach hier 1979 das Studium ab und bewarb sich [REDACTED] für [REDACTED] als [REDACTED]

Von der KD Oschersleben wurden die Unterlagen an die KD Staßfurt übergeben und die Zusammenarbeit empfohlen.

Eine persönliche Übergabe des IM erfolgte nicht.

Zur Aufnahme der Verbindung wurde der Umstand der polizeilichen Anmeldung genutzt.

In diesem 1. Gespräch brachte die IM zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt und bereit ist, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Die Überzeugung der Notwendigkeit der Zusammenarbeit verlief auch wie der Apell an die Vernunft erfolglos.

Eine konkrete Antwort auf den Grund der Ablehnung der Zusammenarbeit erhielt ich erst, nachdem die IM zu einer Aussprache vorgeladen wurde.

Der festgelegten Treffvereinbarung aus dem Kontaktgespräch kam sie nicht nach, so daß die Vorladung zu einer Aussprache in der Meldestelle der VP erfolgte.

Ihre Ablehnung begründete der IM so, daß im Betrieb ihrer Mutter ein Informant sei, der durch Falschinformationen die Reise der Mutter in die BRD verhindert hat und ihrer Mutter auch unterstellt hätte, sie würde BRD-Reklame und Propaganda betreiben. Unter solchen Bedingungen ist sie nicht mehr bereit inoffiziell mit dem MfS zusammenzuarbeiten.

Weitere Aussprachen und Ausführungen würden sie von dieser Entscheidung nicht abbringen.

Aus diesem Grund wird die ZA eingestellt und die Akten in der Abt. XII abgelegt.

[Signature]
Sens
Hauptmann

einverstanden
Leiter der Kreisdienststelle

Schlichthaar
Oberstleutnant

M 6.2 Ein Beispiel für die Einstellung der Zusammenarbeit seitens des IM 1979 in Staßfurt
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AIM 1634/79, Teil I, Band 1, Bl. 72 (MfS-Zählung)

ZMR 1072

VPKA Stendal Stendal, den 21. 4. 1989

BStU
000082

Zuführungsprotokoll

Am 20. 4. 89 wurde der Dienstzweig Verkehrspolizei, Oastr. der VP mit der legendierten Prüfung des PKW "Wartburg Tourist", polizeiliches Kennzeichen [REDACTED], Farbe rot, Träger eines Aufklebers im Durchmesser 18 cm, mit dem Text

"Stoppt die Atomindustrie" kämpft für das Leben"

mit einer Zeichnung - siehe Anlage, Aufkleber war angebracht an der Hecktür über der Kennzeichenleuchte, beauftragt.

Halter des PKW: [REDACTED] wh.: Stendal, [REDACTED]

Nutzer des PKW: Ehemann, [REDACTED]
 PKZ: [REDACTED]
 gleiche Wohnanschrift
 beschäftigt als [REDACTED]

Die legendierte Kontrolle erfolgte am 20. 4. 89, gegen 17.30 Uhr.

Nach Feststellung des Aufklebers und der Forderung der Entfernung kam Herr [REDACTED] dieser nicht nach, so daß zur weiteren Klärung die Zuführung zum VPKA erfolgte.

18.04 Uhr war die Zuführung zum VPKA erfolgt.

Durch mich wurde die selbständige Entfernung auf Grund der Nicht-lizensierung dieses Aufklebers in der DDR verlangt.

Herr [REDACTED] lehnte dieses ab, daß er hier keine Weisung- bzw. Gesetzesverletzung erkennt, bemerkte, daß bei Vorlage der entsprechenden Weisung er dazu bereit ist.

Nach Abstimmung mit dem Stellv. des Leiters der KDfS Stendal, Major Hagen, erfolgte die Vorlage der OWVO, Paragr. 4 Abs. 1 Ziff. 5 zur Einsicht.

Der Bitte, sich aus genannten Absatz handschriftlichen Auszug zu fertigen, wurde entsprochen.

Danach erfolgte die Entfernung des Aufklebers und dessen Einziehung. Dabei ließ sich zur Vermeidung von Lackschäden die teilweise Beschädigung des Aufklebers nicht umgehen.

Die Zuführung wurde 18.50 Uhr aufgehoben. Ordnungsstrafmaßnahmen sind in Abstimmung mit der KD nicht vorgesehen.

Anlage
 1 Aufkleber

[REDACTED]
 Major der VP

PROJEKTBAUSTEINE



M 6.3 Verhinderung der Verbreitung von Aufklebern in Stendal im April 1989
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, KD Stendal, ZMA Nr. 1072, Band 1, Bl. 82, 83